



DER LANDTAG

Die Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein



Die Macht
und
die Worte

POLITIK UND SPRACHE

Mit Sonderbeilage
„Jugend im Landtag“

INHALT

POLITIK UND SPRACHE 4 – 8

Bayern, Borussia, Bruttosozialprodukt – Zitate 2015	4
Umfrage: Worte und Unworte des Jahres	6
PR-Profi Dushan Wegner zur politischen Sprache / Tipps gegen Behördendeutsch	7
Word Cloud: Ein Plenarprotokoll als Wortwolke	8

Personalien 9**Die Seite fürs Ehrenamt 10****Minderheiten:**

Friesische Ortsschilder / Biografie über Berthold Bahnsen	11
--	----

Der Landtag in Leichter Sprache:

Bürgerpreise für ehrenamtliche Helfer	12
---------------------------------------	----

JUGEND IM LANDTAG 13 – 16

Sonderbeilage „I scream!“: Das fordern wir!	
--	--

PLENARBERICHTE 17 – 19

Der Landeshaushalt 2016	17
-------------------------	----

Handy an der Schule:

Zur Pause darf es klingeln	18
----------------------------	----

Flüchtlinge: Pläne und Probleme	19
---------------------------------	----

Ausschüsse I: Unterrichtsausfall, JVA-Abkommen mit Hamburg	20
--	----

Ausschüsse II: Schilderwald lichten, Kampf gegen das Schnüffeln	21
---	----

Im Rückblick:

Die Wehrmachtsausstellung 1999 und ihr Echo 2015	22
---	----

Veranstaltungen I: Ostseeforum, Gedenkstättenkonferenz	24
--	----

Veranstaltungen II:

200. Geburtstag des Lorenz von Stein	25
--------------------------------------	----

Im Portrait:

Simone Lange (SPD) und Klaus Jensen (CDU) / Impressum	26
--	----

Ins Bild gerückt:

Zu Besuch im Landeshaus	27
-------------------------	----

Termine: Ausschüsse 2016, Sprechtage der Bürgerbeauftragten, Besucherabend, Holocaust-Gedenktag	28
---	----



Liebe Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner,

hinter uns liegt ein Jahr, das große Herausforderungen an uns gestellt hat. Viele Menschen sind auf der Flucht vor Krieg und Verfolgung zu uns gekommen. Die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein haben sie mit offenen Armen empfangen, viele haben sich ehrenamtlich engagiert und dabei Großartiges geleistet.

Auch das kommende Jahr wird uns allen – sowohl den Bürgerinnen und Bürgern, als auch den zu uns geflohenen Menschen – weiterhin große Anstrengungen abverlangen.

Dabei dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, dass ehrenamtliches Engagement auch seine Grenzen kennt und den Staat nicht aus seiner Verantwortung entlassen kann.

Letztlich geht es darum, die Flüchtlinge möglichst schnell in unsere Gesellschaft zu integrieren. Den Bürgerinnen und Bürgern in Schleswig-Holstein fordert das auch weiterhin Offenheit und Offenherzigkeit ab, den Menschen, die als Flüchtlinge zu uns kommen, die Bereitschaft, sich auf Grundlage unserer im Grundgesetz verankerten Werte zu unserer Gesellschaft zu bekennen. Darüber hinaus gilt das Gebot der Nächstenliebe für jeden in unserer Gesellschaft, der unserer Hilfe bedarf. Wir dürfen gerade jetzt die nicht vergessen, denen bisher unsere Aufmerksamkeit und Hilfe galt.

2015 war auch ein ganz besonderes Jahr für Schleswig-Holstein als Land mit einer vorbildlichen Minderheitenarbeit. Vor 70 Jahren begründeten die Bonn-Kopenhagener Erklärungen die erfolgreiche Annäherungs- und Aussöhnungspolitik zwischen den nationalen Minderheiten und den Mehrheitsgesellschaften beiderseits der deutsch-dänischen Grenze.

Das heute von Vertrauen und Freundschaft geprägte Miteinander von Menschen unterschiedlichen nationalen und kulturellen Bekenntnisses ist eine Errungenschaft, die wir angesichts der Kriege, die andernorts im Namen von Religion oder nationalistischer Ideologie geführt werden, nicht hoch genug schätzen können. Auch unsere Demokratie ist eine Errungenschaft, geboren aus den Schrecken der NS-Zeit und erarbeitet in nunmehr bald 70 Jahren.

Im kommenden Jahr erinnert der Schleswig-Holsteinische Landtag an seine erste Sitzung 1946 – damals noch als „ernannter“ Landtag.

Gegenwart und Zukunft halten uns auch weiterhin große Herausforderungen bereit – Herausforderungen, denen eine demokratische und pluralistische Gesellschaft wie die unsrige mit Zuversicht und Selbstvertrauen begegnen kann und diese erfolgreich meistern wird. Ich wünsche allen Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest

und ein gutes neues Jahr 2016!

Ihr

Klaus Schlie, Landtagspräsident

ZÄHLBARES

7.811

Wörter werden in einer Plenarsitzung pro Stunde gesprochen. Gezählt wurde am Donnerstag, den 19. November, zwischen 15:04 und 16:04 Uhr.

Mehr zu Politik und Sprache ab Seite 4

Landtag mit neuem Logo



SCHLESWIG-
HOLSTEINISCHER
LANDTAG

Auf der Titelseite der Landtagszeitschrift ist es schon zu finden: das neue Parlamentslogo. Auch alle weiteren Publikationen des Landtages, das Briefpapier und den Web-Auftritt wird es zieren. Die Kieler Agentur „amatik“ hat die Schleswiger Löwen und das Holsteiner Nesselblatt für den Landtag bearbeitet.

Trauer um Feuerwehrmann Stefan Diekmann

Der Landtag hat zu Beginn seiner Dezember-Tagung mit einer Schweigeminute des Hauptfeuerwehrmanns Stefan Diekmann gedacht. Der 31-Jährige war am 6. Dezember bei Löscharbeiten eines Dachgeschossbrands in Marne (Kreis Dithmarschen) ums Leben gekommen.

Der Tod des jungen Mannes aus der Freiwilligen Feuerwehr Marne „führt uns in schmerzhafter Deutlichkeit vor Augen, dass wir den Einsatz der Feuerwehrleute, deren Belastung, ja deren Opferbereitschaft allzu oft als etwas Selbstverständliches nehmen“, sagte Landtagspräsident Klaus Schlie.

Der wirkliche Reichtum dieses Landes, so der Landtagspräsident weiter, liege in Menschen wie Stefan Diekmann, „die uneigennützig handeln, die sich für den Schutz und für die Rettung anderer einsetzen bis zum letzten. Menschen, die unbeirrbar ihren Weg gehen und die dem Dienst in den Freiwilligen Feuerwehren eine ganz besondere, ganz eigene Würde verleihen“.

Pro-Gott-Initiative erreicht Zwischenziel

Die Volksinitiative für die Aufnahme eines Gottesbezuges in die schleswig-holsteinische Landesverfassung hat das notwendige Quorum von 20.000 Unterschriften deutlich erreicht. Insgesamt sind 39.116 Unterschriften gültig, meldet das Innenministerium, das für die Auszählung zuständig ist. Im Juli hatten die Initiatoren 42.021 Unterschriften eingereicht.

Mitte Dezember hat auch der Landtag formal festgestellt, dass die Initiative diese Hürde übersprungen hat. Damit hat das Parlament bis April Zeit, sich inhaltlich mit dem Begehren auseinanderzusetzen.

Der Landtag hatte die Verfassung im Oktober 2014 geändert, wobei die für einen Gottesbezug nötige Zwei-Drittel-Mehrheit nicht zustande kam. Daraufhin formierte sich die Initiative, die von prominenten Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Kunst und Sport getragen wird. Christliche, muslimische und jüdische Religionsgemeinschaften haben sich angeschlossen.



Neun Stapel mit insgesamt 42.000 Unterschriften hatte die Volksinitiative Mitte Juli im Landtag vorgelegt.

Gedenkstättenarbeit wird ausgebaut

Die Initiativen und Verbände, die in Deutschland Gedenkstätten zur NS-Terrorherrschaft betreuen, wollen künftig enger zusammenarbeiten. Das ist ein Ergebnis der Bundesgedenkstättenkonferenz, die Mitte Dezember erstmals im Landeshaus zusammenkam. Die rund 45 Teilnehmer aus dem Bereich Gedenkstättenpflege und politische Bildung verständigten sich darauf, sich insbesondere auf länderübergreifende Projekte zu konzentrieren, um Förderanträge beim Bund zu solchen Querschnittsthemen voranzubringen. Hintergrund ist das neue Gedenkstättenkonzept des Bundes. Es sieht vor, national bedeutsame Erinnerungsorte an die Zeit des Nationalsozialismus stärker zu fördern. Außerdem sollen den Gedenkstätten künftig konkrete Schulungs- und Fortbildungsmodul angeboten werden.

WORTWÖRTLICH:

„Es ist wichtig, dass nun endlich ein Schlussstrich gezogen wird, und dass sich das Land Schleswig-Holstein in den nächsten Jahren endlich von der HSH Nordbank trennt.“

(Finanzministerin Monika Heinold, Grüne)

• • • • •

„Also, kurz vor der Heiligsprechung in Sachen HSH stehen Sie auch nicht, Frau Ministerin!“

(Oppositionsführer Daniel Günther, CDU)

• • • • •

„Die Schuldzuweisungen können wir uns sparen, weil bis auf die Piraten alle mal im Boot gewesen sind.“

(Thomas Rother, SPD)

• • • • •

„Was die Regierung jetzt macht, ist nichts anderes, als das Prinzip Hoffnung walten zu lassen. Wir laufen Gefahr, uns wie süchtige Spieler zu verhalten, die das letzte Geld in den Automaten schmeißen und auf den Jackpot hoffen.“

(Wolfgang Kubicki, FDP)



Aus der Debatte zum Rettungspaket für die HSH Nordbank am 16. Dezember

Opposition klagt gegen Finanzausgleich

Die Opposition im Landtag klagt vor dem Landesverfassungsgericht gegen den kommunalen Finanzausgleich (FAG). Aus Sicht von CDU, FDP und Piraten verstößt die von der Koalition vor einem Jahr beschlossene Reform gegen Grundsätze der Verfassung. Zudem seien die Kreise gegenüber den großen Städten benachteiligt worden, hieß es Mitte November. Auch die Kreise Nordfriesland, Ostholstein und Schleswig-Flensburg haben Klage gegen den FAG eingereicht.

Bei ihrer Reform hatten SPD, Grüne und SSW die Soziallasten der Kommunen stärker berücksichtigt. Damit bekommen große Städte wie Kiel und Lübeck wie auch die meisten Gemeinden nun mehr Geld. Dafür sank der Anteil der Kreise. Insgesamt geht es um rund 1,5 Milliarden Euro pro Jahr.

Die Opposition moniert, dass der FAG nun nicht auf dem Bedarf der Kommunen basiere, sondern auf deren Ausgaben. Folge: Die Sparsamen würden bestraft. Die Koalition verteidigt die Reform: Es sei gelungen, den Finanzausgleich fair und transparent neu zu regeln.

Wie wirken Worte? Was überzeugt und was schreckt ab? Wir haben Menschen im Landeshaus gebeten, uns ihre persönlichen Worte und Unworte des Jahres 2015 zu nennen. Ein PR-Berater analysiert die politische Rhetorik, und ein Kongress in Kiel beschäftigt sich mit bürgerfreundlicher Behördensprache.

Zu Beginn unseres Schwerpunktes „Politik und Sprache“ blicken wir in die Protokolle der Plenarsitzungen des abgelaufenen Jahres.

Zitate 2015: Bayern, Borussia, Bruttosozialprodukt



Thema Sachliches und Unsachliches

„Es ist bei der Gelegenheit vielleicht sinnvoll, dass ein bisschen mehr Sachlichkeit in die Debatte kommt. Deshalb rede ich.“

Hans-Jörn Arp (CDU) am 23. Januar während der Debatte zur Fehmarnbelt-Querung

+++

„Meine Damen und Herren! Ich möchte diesen rot-grün-blauen Partykongress nur ungern unterbrechen. Ich weiß nicht, ob heute irgendwo ein Frühschoppen stattgefunden hat. Wir waren jedenfalls nicht eingeladen.“

Christopher Vogt (FDP) am 16. Juli während der Debatte zur Entlastung des Mittelstandes

+++

„Es kommt jetzt keine Büttenrede, obwohl einige Vorschläge durchaus Anlass geben würden, hier eine Büttenrede zu halten. Sie werden gleich sehen: Ich muss bei dem Thema ein bisschen Wasser in den Gammel Dansk schütten.“

Oliver Kumbartzky (FDP), diesjähriger Karnevalsprinz von Marne, am 19. November in der Debatte über das Gesetz zur Stärkung der Minderheiten

+++

„Ich habe mein Hörgerät auf der linken Seite übrigens auf still gestellt.“

Wolfgang Dudda (Piraten) am 18. März über Zurufe von SPD-Abgeordneten

+++

„Herr Kollege Arp, ich habe zwei Brüder zu Hause, ich kann dagegenhalten. Glauben Sie mir, ich bin lauter.“

Serpil Midyatli (SPD) zu Zwischenrufen von Hans-Jörn Arp (CDU) am 15. Oktober

+++

„Kinder glauben fest daran, dass man nicht gesehen werden kann, wenn man sich die Augen zuhält – Sie wohl ebenso. Aber in unserem Alter sollte man langsam wissen, dass dies mit der Realität nichts zu tun hat.“

Volker Dornquast (CDU)

„Bei Ihnen sollte man sich eher die Ohren zuhalten!“

Zwischenruf von Ralf Stegner (SPD)

„Das können Sie ja gern tun, das würde vielleicht ganz hübsch aussehen.“

Volker Dornquast (CDU)

Aus der Debatte am 20. Mai zur Hochschulpolitik

+++

„Wenn der derzeitige Referententwurf die Lösung für das Problem sein soll, ganz ehrlich, dann gilt der alte Spruch: Dann möchte ich mein Problem zurück.“

Kai Dolgner (SPD) am 18. Juni in der Debatte über die „Verschärfung der Störerhaftung bei freien WLAN-Netzwerken und Filehostern“

+++

Thema Sport

„Fußballerisch gesprochen: Sie treten gegen den Knochen und nicht gegen den Ball.“

Lars Harms (SSW) am 20. Februar über die Kritik an Justizministerin Anke Spoorendonk (SSW)

+++

„Ich nutze anderthalb Minuten Restredezeit, um die Kollegen aus Nordrhein-Westfalen herzlich zu grüßen. Ich bin Fan und Mitglied von Borussia Mönchengladbach.“

Oliver Kumbartzky (FDP) am 17. September zu einer Delegation des Nordrhein-Westfälischen Landtages auf der Besuchertribüne

+++



Anmerkungen des Präsidiums

„Mir ist doch tatsächlich noch ein Dringlichkeitsantrag zugegangen. Er ist von den Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Piraten sowie den Abgeordneten des SSW. Weil es heute schon so warm ist, habe ich mir gedacht, dass ich Ihnen den zumindest kurz vortragen möchte, damit Sie ihn geistig mit in die Ferien nehmen können. Hier steht, der Landtag wolle beschließen: ‚Die CDU-Fraktion fordert gutes Wetter und gute Erholung an den Küsten von Nord- und Ostsee. Die SPD-Fraktion ist da schon ein bisschen bescheidener und for-



dert nur eine Kugel Eis wöchentlich und gratis für jedes Kind. Die FDP, ihren liberalen Grundsätzen folgend, fordert: keine staatliche Wetterregulierung! Deswegen ist es nur logisch und konsequent, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen will, dass ab und zu Regen über das Land hinwegkommt, damit das Land noch grüner wird. Die Piratenfraktion wünscht sich ablandige Winde. Das können Sie mir nach dem Urlaub nochmal erläutern. Und die Abgeordneten des SSW fordern, ganz logisch, zweisprachige Wettervorhersagen in Friesisch-Deutsch und Deutsch-Friesisch. Meine Damen

und Herren, wie kann eine Landtagssitzung besser enden, bevor ich Sie in die Ferien entlasse, als mit diesem fantastischen Antrag.“

Landtagspräsident Klaus Schlie am Ende des letzten Plenartages vor der Sommerpause am 18. Juli

+++

„Ik seed foole tunk, dät jam me tuhiird hääwe. Än ik wörd fernäid weese, wan we näist iir dâtheer gesätse-påk gemiंसom beslite wörden.“

Lars Harms (SSW) auf Friesisch am 19. November in der Debatte über das Gesetz zur Stärkung der Minderheiten. Auf Deutsch: „Vielen Dank fürs Zuhören. Ich würde mich freuen, wenn wir dieses Gesetzespaket im nächsten Jahr gemeinsam beschließen würden.“

„Herr Abgeordneter Harms, gestatten Sie mir, dass ich Ihnen ganz herzlich für diese real vortragene Sprachenvielfalt insbesondere im Namen des Stenographischen Dienstes danke. Viel Freude und lassen Sie sich das Manuskript des Abgeordneten geben!“

Landtagspräsident Klaus Schlie

+++



Thema Umwelt

„Herr Habeck hat sich auf seiner Sommerreise auf Föhr zum Plastikvermeidungsminister erklärt. Was man in seinem Leben nicht alles werden kann!“

Klaus Jensen (CDU) am 17. September in der Debatte über die Vermeidung von Plastikmüll

+++

„Es ist höchste Zeit, Glyphosat aus Vorsorgegründen umgehend aus dem freien Verkauf für Privatanwender zu nehmen. Mein Gott, bückt euch doch, wenn Gras zwischen den Steinen ist!“

Kirsten Eickhoff-Weber (SPD) am 14. Oktober über ein gefordertes Verbot des Unkrautvernichtungsmittels Glyphosat

+++

Thema Verkehr

„Es wurde noch nie so viel gebaut und geplant an Straßen wie in diesem Jahr in Schleswig-Holstein. Bei uns wird gebuddelt, bei Ihnen wird geschwafelt. Bei uns wird in die Hände gespuckt, wir steigern das Bruttosozialprodukt.“

Andreas Tietze (Grüne) am 16. Juli in der Debatte um die Entlastung des Mittelstandes

+++

„Die ‚Washington Post‘ hat am 1. Juni 2015, also an dem Tag, an dem die Verordnung in Kraft getreten ist (Paternoster-Verbot, Anm. d. Red.), irritiert festgestellt, dass die Deutschen zwar ohne Tempolimit über ihre Autobahnen fahren, aber für das Benutzen eines sehr langsam fahrenden Aufzugs eine Art Führerschein vorweisen müssen.“

Christopher Vogt (FDP) am 19. Juni zu der Debatte um den Erhalt des Paternosters im Landeshaus

+++

„Ein solch kompliziertes System kann eigentlich nur in Deutschland und hier wohl im Besonderen nur in Bayern ausgedacht werden. In anderen Ländern wäre diese Idee wahrscheinlich schon an der Kompliziertheit gescheitert.“

Lars Harms (SSW) am 22. Mai in der Debatte zur Pkw-Maut

+++

Worte und Unworte des Jahres 2015

„Flüchtlinge“ ist für die Gesellschaft für deutsche Sprache das Wort des Jahres 2015. Wir haben uns im Landeshaus umgehört: Welche Worte haben das abgelaufene Jahr im Positiven wie im Negativen geprägt?

Feuer und Flamme -

die Wörter des Jahres für Landtagspräsident Klaus Schlie.

Sein Unwort:

alternativlos



Olympiabewerbung,

denn „dieses Wort war in Kiel das ganze Jahr hindurch sehr positiv und mit viel Energie aufgeladen“, findet Sozialministerin Kristin Alheit (SPD).

Das Unwort des Jahres für Jürgen Weber (SPD)?

Transitflüchtling, „weil das ein völlig sinnloser Begriff ist.“

Hundegesetz -

Oliver Kumbartzkys (FDP) Wort des Jahres, „weil das Gesetz endlich beschlossen worden ist und die Rasseliste abgeschafft wurde.“

Das Unwort ist für ihn die

Pestizidsteuer.

Transitzone,

für Serpil Midyatli (SPD) das Unwort des Jahres

Besorgte Bürger

sind die Unworte des Jahres für Uli König (Piraten).



Eigentlich

ist für Carsten Kock vom Radiosender R.SH das Unwort des Jahres, denn „hinter ‚eigentlich‘ kommt immer ein ‚aber‘. (‚Eigentlich mag ich Flüchtlinge, aber...‘). ‚Eigentlich‘ ist so unkonkret.“

Flüchtlingslawine ist für Detlef Matthiessen (Grüne) das Unwort des Jahres. Wort des Jahres ist

Willkommenskultur, denn: „Bei uns im Amt Hütten gibt es ganz viele Ehrenamtler, die sehr engagiert sind. Deswegen finde ich, dass sich hinter dem Wort ‚Willkommenskultur‘ ganz viel verbirgt – und zwar, dass ganz viel funktioniert in diesem Land.“



Die Stimmung kippt

sind die Unworte des Jahres für Wolfgang Dudda (Piraten). Mit Blick auf eine mögliche Verschärfung des Asylrechts sagt er: „Wir brauchen eine Haltung im Land. Eine Haltung kann nicht kippen, im Gegensatz zu einer Stimmung. Unsere Aufgabe ist es nicht, dem Volk nach dem Mund zu regieren. Das macht doch eine Demokratie aus.“

Willkommenskultur und **Überfremdung** sind Wort und Unwort des Jahres für Hartmut Hamerich (CDU).

Und wieder Thema Unkrautvernichtungsmittel: **Pestizidrückstände** ist das Unwort des Jahres für Hauke Göttisch (CDU).



Humanität

ist das Wort des Jahres für Ralf Stegner (SPD). Sein Unwort ist **Selektion**, „das von den Konservativen in Zusammenhang mit Transitzonen verwendet wurde“.

Abhörskandal - das Wort des Jahres für Fotojournalist Thomas Eisenkrätzer. Das Wort sei eine treffende Bezeichnung für das, was NSA und BND tun: „Verbündete ausspionieren und selbst vor der Privatsphäre nicht Halt machen.“

Eisenkrätzers Unwort des Jahres ist die **Flüchtlingskrise**, da es suggeriere, „dass Flüchtlinge eine Krise verursachen.“ Doch die sei bisher nicht in Sicht und selbst wenn es so wäre, „dann sind die Flüchtlinge nicht die Verursacher“.



Auch für Daniel Günther (CDU) ist **Willkommenskultur** das Wort des Jahres. Sein persönliches Unwort ist **Pegida.**

Und nochmal **Willkommenskultur-**

auch für Justizministerin Anke Spoorendonk (SSW) das Wort des Jahres. Ihr Unwort: **Lügenpresse**

Das Unwort des Jahres ist für Bernd Voß (Grüne) die **Flüchtlingslawine.** Sein Satz des Jahres ist

Wir schaffen das.

Worte des Jahres sind für Anita Klahn (FDP) **Selbstverteidigung für Frauen**, schließlich war am 25. November der Internationale Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen. Und „weil bei Frauen Mut und Stärke angesagt ist.“



Ihr Unwort: **Dialog**, „weil die Koalition dieses Wort ständig benutzt, um ihre Entscheidungen zu begründen.“

Vorratsdatenspeicherung:

Unwort des Jahres für Andreas Tietze (Grüne)

PR-Profi Dushan Wegner:

„Fordern Sie, was Ihre Wähler fordern!“

Dushan Wegner ist Politikberater und Autor. In seinem neuesten Buch untersucht er „Talking Points“. Das sind Kunstgriffe, mit denen Politiker die Öffentlichkeit überzeugen. Wir haben nachgefragt.

Herr Wegner, verraten Sie uns bitte den Trick: Mit welchem Stilmittel zieht man als Politiker das Publikum am wirkungsvollsten auf seine Seite?

Vertreten Sie das Lebensgefühl Ihrer Wähler. Klingt banal, kann aber knifflig sein. Menschen stellen Forderungen an das eigene Leben. Durch diese Forderungen wird das „Lebensgefühl“ für Sie als Politiker (beziehungsweise Talking-Point-Entwickler) greifbar. Einige wollen umsorgt sein. Einige wollen, dass endlich aufgeräumt wird. (Man beachte die Passiv-Konstruktion: aufgeräumt wird). Einige wollen einfach nur

ihr Ding machen. Finden Sie (gemeinsam mit Psychologen) heraus, was die „wahren“ Forderungen Ihrer (potentiellen) Wähler sind. Dann lassen Sie Formulierungen entwickeln, die diese Forderungen auf den Punkt bringen. Wichtig: Es geht um Fordern, nicht ums Bedienen. Für die Ergebnisse gibt es Beamte, Kommunen et cetera. Ob Opposition oder Regierung: Fordern Sie, was Ihre Wählergruppe „tief innen drin“ fordert!

Was sollte ein Politiker in einer Rede auf alle Fälle vermeiden?

In der Politik ist der Weg nach oben eine Treppe und der Weg nach unten eine Falltür. Das gilt auch für Talking Points! Die gefährlichsten Falltüren sind Aussagen, die Ihre Eignung fürs Amt in Frage stellen. Sprechen Sie nicht über Dinge, die (nur) Ihnen selbst wichtig sind, etwa den Preis von

Wein, Ihr künftiges Gehalt oder die Belastung durch den Wahlkampf. Wenn Sie Persönliches ins Spiel bringen, muss es zuträglich sein für Ihre Eignung zum Amt. Im Talking-Points-Buch erkläre ich, wieso etwa die Segelfahrten eines Helmut Schmidt klug und richtig waren, während andere Politiker mit ihren Homestories baden gingen.

Welcher Politiker ist für Sie der beste Rhetoriker in der Geschichte der Bundesrepublik?

Joschka Fischer war das, was man im Amerikanischen „the whole package“ nennt. Er konnte beruhigen oder aufstacheln. Er konnte überzeugen oder vernichten. Er konnte (und kann) zuspitzen oder reflektieren. Er verstand es, das Bauchgefühl von Millionen in einen einzigen wirksamen Talking Point zu fokussieren. („Mit Verlaub, Herr Präsident, ...“,



„I am not convinced“) Der lauteste Akkord einer ohnehin nicht leisen Karriere war sein Auftritt auf dem Kosovo-Parteitag 1999. Fischer redete gegen die eigene Parteilinie an („Geliebte Gegner!“). Er bekam seinen Willen. Fischer wertet sich selbst als einen der letzten „Live-Rock’n’Roller der Politik“. Wenn Sie bei der Entwicklung Ihrer Talking Points feststecken, stellen Sie die Frage: What would Joschka do?

Von Experten empfohlen:

Sieben Rezepte

gegen Behördendeutsch

„Die Amtssprache“, so heißt es im Sozialgesetzbuch, „ist deutsch“. Wirklich?

Dem Durchschnittsbürger kommt es eher spanisch vor, wenn ihm eine „wirtschaftliche Dauerleistung mit Versorgungscharakter“ versprochen wird. In Alltagssprache: eine Rente.

Mit den „Chancen einer verständlichen Behördensprache“ befasste sich Anfang Dezember eine Fachtagung in Kiel. Die Bürgerbeauftragte Samiah El Samadoni und der Sozialverband Deutschland hatten eingeladen. Rund 50 Mitarbeiter von Ministerien und Sozialbehörden holten sich Experten-Tipps ab.

1.) Höflich sein!

Jeder Brief beginnt mit einer freundlichen Anrede, sagt Ulrike Burkert aus der Verwaltung des Landkreises Soest. Die Süd-Westfalen achten schon seit 15 Jahren auf bürgerfreundliche Sprache. Auch das Wort „bitte“ hat dort in Bescheiden Platz. Verpönt sind dagegen Obrigkeitswörter wie „fordern“ oder „gewähren“.

2.) Umgangssprache!

Wörter wie „Rechtsbehelfsbelehrung“, „Unkostenbeitrag“ oder „Kenntnisnahme“ sind in Soest out. Stattdessen: „Ihre Rechte“, „Kosten“, „Information“.

3.) Übersichtliche Briefe!

Die Beamten in Soest bauen Absätze und Nummerierungen ein. So wird der Text überschaubar.

4.) Sauber argumentieren!

Bei der Bürgerbeauftragten beschwerten sich jedes Jahr hunderte Bürger, weil sie ihren Bescheid nicht nachvollziehen können. Der stellvertretende Behördenleiter Thomas Richert nennt ein Beispiel: „Ihrem Antrag auf

Ausbildungsbeihilfe kann nicht entsprochen werden. Sie arbeiten seit 1998 als Taxifahrer.“ Eine Behauptung ohne Begründung, schimpft Richert: „Wenn man das so verkauft, dann provoziert man Widerspruch.“

5.) Heit, Keit, Ung vermeiden!

In Behördenbriefen wimmelt es von Substantiven, die auf -heit, -keit und -ung enden, klagt Lothar Wiegand, Dozent an der Verwaltungsakademie Brandenburg. Hinter diesen Wortklötzen stecken einfache Verben und Adjektive. Deswegen: „Wir regeln das“ statt „Wir treffen eine Regelung“. „Es war notwendig“ statt „Es bestand die Notwendigkeit“.

6.) Aktiv verwenden!

„Eine Baumaßnahme wird durchgeführt?“ Lothar Wiegand schüttelt sich. Nein: „Wir bauen“!

7.) Kurze Sätze!

Kampf dem Schachtelsatz: Spätestens nach 20 Wörtern sollten Behördenmitarbeiter einen Punkt setzen, fordert Lothar Wiegand.

PERSONALIEN



Olaf Schulze, SPD-Abgeordneter aus Geesthacht, ist Anfang November zum Bürgermeister seiner Heimatstadt gewählt worden. Er erhielt im ersten Wahlgang 60,0 Prozent der Stimmen. Schulze, der den Wahlkreis Lauenburg-Süd seit 2005 im Landtag vertritt, wird sein neues Amt am 12. Februar antreten. Die Amtszeit beträgt sechs Jahre. Sein Landtagsmandat will Schulze bereits zum Jahreswechsel niederlegen. Seine Nachfolgerin wird die nächstfolgende Kandidatin von der SPD-Landesliste zur letzten Landtagswahl, **Katrin Fedrowitz** aus Norderstedt.

Blickpunkt Wahljahr 2017

Axel Bernstein, CDU-Abgeordneter aus Wahlstedt, hat Anfang November das Amt des Landesgeschäftsführers der Nord-Union übernommen. Zu seinen Aufgaben zählt die Organisation des Landtagswahlkampfes 2017. +++ Die Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen in Halle hat Umweltminister **Robert Habeck** Ende November in den 16-köpfigen Parteirat gewählt. Habeck, der sich um die Spitzenkandidatur für die Bundestagswahl im Herbst 2017 bewirbt, erhielt 65,3 Prozent der Stimmen. +++

Heiner Garg bleibt für weitere zwei Jahre Landesvorsitzender der FDP. Der Landtagsabgeordnete aus Kiel erhielt Mitte November beim Parteitag in Neumünster 169 von 191 Stimmen. Seine Stellvertreter sind der Landtagsabgeordnete **Christopher Vogt**, der ehemalige Landtagsabgeordnete Bernd Buchholz sowie die ehemalige Europaabgeordnete Britta Reimers.

Ralf Stegner, SPD-Fraktionschef aus Bordesholm, wurde Mitte Dezember beim Bundesparteitag in Berlin in seinem Amt als stellvertretender Bundesvorsitzender bestätigt. Er erhielt 77,3 Prozent der Stimmen.

Christian Meyer-Heidemann übernimmt am 1. Januar 2016 den



Posten des Landesbeauftragten für politische Bildung. Der promovierte Politikwissenschaftler erhielt in der November-Sitzung in geheimer Wahl 53 von 65 abgegebenen Stimmen im Landtag. Meyer-Heidemann hatte bislang eine Vertretungsprofessur für Wirtschaft/Politik und Didaktik an der Kieler Universität inne. Er wurde für sechs Jahre gewählt und übernimmt den Posten von **Heiko Vosgerau**, der die Beauftragtenstelle seit Anfang 2015 kommissarisch geleitet hatte. Vosgerau wechselt in den Bereich Veranstaltungsmanagement in der Landtagsverwaltung.

Jan Diedrichsen vertritt seit Mitte November die Interessen des Schleswig-Holsteinischen Landtages bei der EU in Brüssel. Diedrichsen leitet zudem das Sekretariat der Deutschen Volksgruppe in Kopenhagen und ist dänischer Staatsbürger.



NACHRUFE

Gedenken an Helmut Schmidt

Trauer um Helmut Schmidt auch im Landtag: Mit einer Schweigeminute haben die Abgeordneten zu Beginn der November-Sitzung des Bundeskanzlers a. D. und Ehrenbürgers des Landes Schleswig-Holstein gedacht. Schmidt war am 10. November im Alter von 96 Jahren verstorben. Schmidt habe sich „in schweren Krisen als standhafter, mutiger und vor allem entscheidungsfreudiger Politiker erwiesen“, sagte Landtagspräsident Klaus Schlie. Zugleich erinnerte Schlie an den Bezug des SPD-Politikers zu Schleswig-Holstein. Schmidts „beherztes Handeln“ während der Sturmflut von 1962 sei den Schleswig-Holsteinern bis heute unvergessen. Und auch als regelmäßiger Feriengast in seinem Haus am Brahmsee sei der Altkanzler dem Land eng verbunden gewesen. Im Foyer des Landeshauses hatten die Schleswig-Holsteiner Gelegenheit, sich in einem Kondolenzbuch persönlich von Helmut Schmidt zu verabschieden. Hunderte Bürger hinterließen einen letzten Gruß.



Helmut Schmidt 2003 im Garten seines Sommerhauses am Brahmsee

Trauer um Waldemar Dudda



Der Landtag gedachte im November auch des ehemaligen Abgeordneten Waldemar Dudda. Der SPD-Politiker war am 26. Oktober im Alter von 90 Jahren verstorben. Der langjährige Bürgermeister von Uetersen war von 1967 bis 1975 im Landesparlament. Landtagspräsident Klaus Schlie würdigte insbesondere Duddas kommunalpolitische „Tatkraft und Weitsicht“ und erinnerte an das Bundesverdienstkreuz und die Ehrenbürgerwürde der Stadt Uetersen, mit denen Waldemar Dudda für seine Verdienste ausgezeichnet wurde.

RUNDE GEBURTSTAGE

Günter Flessner aus Dersau, von 1971 bis 1988 für die CDU im Landtag, Landwirtschaftsminister von 1975 bis 1988, hat am 7. November seinen **85. Geburtstag** gefeiert.

Jürgen Busack aus Lübeck, von 1967 bis 1983 für die SPD im Landtag, hat am 29. Oktober seinen **80. Geburtstag** gefeiert.

Klaus Klingner aus Bad Oldesloe, von 1971 bis 1996 für die SPD im Landtag, Justizminister von 1988 bis 1996, hat am 14. Dezember seinen **80. Geburtstag** gefeiert.

Uwe Eichelberg aus Großhansdorf, von 1996 bis 2005 für die CDU im Landtag, hat am 22. November seinen **75. Geburtstag** gefeiert.

Max Stich aus Flensburg, von 1975 bis 1992 für die CDU im Landtag, hat am 24. November seinen **75. Geburtstag** gefeiert.

Martin Schumacher aus Wedel, von 1975 bis 1983 für die FDP im Landtag, hat am 16. Dezember seinen **70. Geburtstag** gefeiert.

HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH!

MELDUNGEN FÜR DAS EHRENAMT



Viele Beschlüsse, die der Landtag fasst, haben direkte Auswirkungen auf Kommunalpolitik, Vereinsarbeit und Bürgerinitiativen.

Auf dieser Seite finden ehrenamtlich engagierte Bürger diese Themen im Überblick.

Verwaltungsgemeinschaften: Will eine Gemeinde Teile ihrer Aufgaben an ein Amt übertragen, ohne zugleich als amtsangehörige Gemeinde eingegliedert zu werden, ist das bisher nur mit einer freiwilligen Kooperationsvereinbarung möglich. Künftig soll das Innenministerium dies anordnen können. Diese von SPD, Grünen und SSW angestrebte Änderung im Kommunalrecht stieß in der November-Tagung bei der Opposition auf scharfen Widerspruch. Die CDU befürchtet „von oben diktierte Zwangsfusionen“. Das kommunale Selbstbestimmungsrecht werde „mit Füßen getreten“, kritisierte Petra Nicolaisen (CDU).

Redner der Regierungskoalition und Innenminister Stefan Studt (SPD) betonten indes, es gehe lediglich darum, dass das Ministerium „in besonderen Einzelfällen“ eine Verwaltungsgemeinschaft anordnen dürfe – als „milderes Mittel“ zur bereits bestehenden Möglichkeit der „Zwangseinamtung“ und im Interesse „einer leistungsfähigen, sparsamen und wirtschaftlichen Verwaltung“. Es solle nur im Ausnahmefall angewendet werden, wenn sich Ämter mit weniger als 8.000 Einwohnern nicht freiwillig mit anderen Ämtern oder Gemeinden zusammenschließen.

(Drucksache 18/3500)

Amtsausschüsse: Die stellvertretenden Mitglieder in den Amtsausschüssen sollen künftig grundsätzlich auf alle Sitzungsunterlagen, Protokolle und andere Schriftstücke zugreifen und auch an nichtöffentlichen Sitzungen teilnehmen können. Auch dies ist Teil des Kommunalpakets von SPD, Grünen und SSW. Zudem wollen die Koalitionsfraktionen die Mitglieder je Gemeinde im Amtsausschuss begrenzen, um die Funktionsfähigkeit der Gremien zu verbessern.

(Drucksache 18/3500)

Minderheiten: SPD, Grüne und SSW wollen die Kommunen verpflichten, einen Bericht über den Minderheitenschutz abzugeben –

wie häufig und in welchem Umfang, sollen die Kommunen selbst bestimmen. Schleswig-Holstein setze damit seinen „erfolgreichen Weg zur Erfüllung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen fort“, unterstrich Lars Harms (SSW) in der November-Sitzung. (Drucksache 18/3500)

Wahlrecht: Die Regierungskoalition will die wahlrechtlichen Vorschriften für Landtags-, Kreis- und Gemeindewahlen modernisieren:

- Wer am Wahltag seit mindestens sechs Wochen im Lande wohnt, soll künftig bei Landtagswahlen seine Stimme abgeben dürfen. Bisher gilt eine Dreimonatsfrist.
- Auch für Kandidaten gelten neue Regeln, wenn das Gesetz kommt: Wer sich in den Landtag wählen lassen will, muss nicht mehr sechs Monate, sondern nur noch drei Monate eine Wohnung in Schleswig-Holstein haben.
- Mit Blick auf die UN-Behindertenrechtskonvention sollen künftig auch Menschen wählen dürfen, die unter Betreuung stehen. Muster der Wahlunterlagen sollen in Leichter Sprache und mit einer Übersetzung in „die wichtigsten Migrantensprachen“ verfügbar sein.
- Im Landeswahlausschuss und in den Kreiswahlausschüssen soll die Zahl der Beisitzer von sechs auf acht steigen.

Auch aus der Opposition kommen Vorschläge zum Wahlrecht:

- Die CDU will eine 2,5-Prozent-Sperrklausel ins Kommunalwahlrecht einbauen. In Schleswig-Holstein gibt es seit 2008 keine solche Hürde mehr.
- Außerdem wollen Union wie Koalition festschreiben, dass eine Partei, die die absolute Mehrheit der Wählerstimmen erreicht hat, auch die Mehrheit der Sitze im Gemeinderat erhalten muss. Bei der Kommunalwahl 2013 erhielt die CDU beispielsweise in Boostedt bei Neumünster keine Mehrheit in der Gemeindevertretung, obwohl sie über 50 Prozent der

Wählerstimmen erreichte. Schuld ist das Verteilungsverfahren nach d'Hondt.

- Die Piraten wollen erreichen, dass Kandidaten für ein Mandat in Gemeinde, Kreis oder Land künftig nicht mehr ihre Adresse veröffentlichen müssen. Grund: Bewerber würden zunehmend durch Werbung und Drohbriefe belästigt.

(Drucksachen 18/3537, /3587, /3588)

Zulassung zur Wahl: Das Landesverfassungsgericht soll nach Willen der Koalition künftig über Beschwerden von Parteien entscheiden, die der Landeswahlausschuss nicht für die Landtagswahl zugelassen hat – und zwar bereits vor der Wahl. Bisher können sich solche Vereinigungen erst nach der Landtagswahl im Wahlprüfungsverfahren wehren. Damit der „vorgezogene Rechtsschutz“ möglich wird, müssen die Landesverfassung und das Landesverfassungsgerichtsgesetz geändert werden.

Der Bundestag hatte den vorgezogenen Rechtsschutz bereits 2012 beschlossen, nachdem diverse Kleinparteien gerichtlich gegen die Nichtzulassung bei der Bundestagswahl geklagt hatten und Rechtsschutzlücken offenkundig wurden.

(Drucksache 18/3539)

Bürgerentscheide: Straßenbau, Wasserversorgung, Kindertagesstätten: Das sind Themen, die mitunter die Gemüter der Bürger erhitzen. Bei Gemeinden, die solche kommunalen Aufgaben an ein Amt übertragen haben, ist eine Einflussnahme über Bürgerentscheide und Einwohneranträge bisher nicht möglich. Die Piraten wollen das ändern: Die Schlechterstellung der Einwohner amtsangehöriger Gemeinden sei sachlich nicht zu rechtfertigen.

(Drucksache 18/3559)

Alle Gesetzentwürfe und Anträge wurden an den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen.



Viele Ortseingänge in Nordfriesland sind bereits auf Deutsch und auf Friesisch gekennzeichnet. Nun sollen weitere Hinweisschilder hinzukommen.

Zweisprachige Ortsschilder für Friesen und Feriengäste

Nordfrieslands Sprachenvielfalt soll auf noch mehr Schildern und in offiziellen Dokumenten sichtbar werden. Das neue Minderheitengesetz von SPD, Grünen und SSW stieß im Landtag auch bei der Opposition überwiegend auf Zustimmung.

Ein Kernpunkt: 300.000 Euro will das Land zuschießen, um bestehende Hinweistafeln mit friesischen Namen zu ergänzen. Wer nach Eiderstedt fährt, soll auch in Ääderstää ankommen.

Außerdem sollen Behördengänge im Kreis Nordfriesland und auf Helgoland demnächst auch auf Friesisch und im nördlichen Teil des Landes auf Dänisch erledigt werden können. Bei fehlenden Sprachkenntnissen müssen die Amtsstuben ihre hochdeutschen Dokumente kostenlos für die Bürger übersetzen. Dafür sollen in den Verwaltungen bevorzugt Mitarbeiter eingestellt werden, die eine Minderheitensprache sprechen. Und: Kitas sollen noch mehr Wert auf die Regional- und Minderheitensprachen Friesisch und Platt legen.

Die friesische Sprache werde „ohne riesigen Verwaltungsaufwand“ noch besser nutzbar und sichtbar gemacht, freute sich Lars Harms (SSW) und nannte die friesischen Ortsschilder „ein absolutes Alleinstellungsmerkmal“. Das bringe auch einen Mehrwert für den Tourismus.

Kritik kam von der FDP. Die grundsätzliche Stoßrichtung des Gesetzentwurfes unterstütze seine Fraktion zwar, merkte Oliver Kumbartzky an. Aber: Die vorgesehenen Übersetzungen von Dokumenten stellten eine „unverhältnismäßige Belastung der öffentlichen Haushalte“ dar. Und: „In vielen Fällen hat das Gesetz nur Symbolcharakter. Konkrete Schritte fehlen“, so Kumbartzky.

Der Europaausschuss und der Innen- und Rechtsausschuss beraten weiter.

(Drucksache 18/3536)

700 Mal Nordfriislon

Das neue Minderheitengesetz der Koalition soll es den Gemeinden in Nordfriesland ermöglichen, zweisprachige Ortsschilder und Hinweistafeln zu errichten. Aber wie heißen Dörfer, Inseln, Halligen und Köge auf Friesisch? Das Gesetz listet knapp 700 topographische Bezeichnungen auf. Einige Beispiele:

Altneukoog	– Uuil Toooh	Lange Anna	– Nathuurnstaak
Amrum	– Oomrem	Nordfriesland	– Nordfriislon
Bredstedt	– Bräist	Nordstrand	– di Ströön
Föhr	– Feer	Nordstrandischmoor	– Lätj Möör
Friedrichstadt	– Freedaistää	Oland	– Ualööön
Helgoland	– deät Lun	Rantzauhöhe	– Wiarkshuuch
Joldelund	– Jalün	Sylt	– Söl
Langeness	– de Nees	Wyk (Föhr)	– bi a Wik



Buchpräsentation in Klockries (v. li.): Bahne Bahnsen, Landtagspräsident Klaus Schlie, Autor Claas Riecken und Prof. Thomas Steensen vom Nordfriisk Instituut

Neue Biografie beleuchtet Berthold Bahnsen

Ein frisch erschienenenes Buch beschreibt Leben und Wirken des ehemaligen Landtagsabgeordneten Berthold Bahnsen. Der Nordfrieser saß für den SSW im Parlament und war in den Nachkriegsjahrzehnten eine prägende Figur der schleswig-holsteinischen Minderheitenpolitik. Autor Claas Riecken präsentierte sein Werk „Berthold Bahnsen – Friesisch-schleswigscher Landtagsmann“ Anfang November in Klockries (Gemeinde Risum-Lindholm) vor rund 100 Gästen.

Engeladen hatten Landtagspräsident Klaus Schlie, das Nordfriisk Instituut sowie die Friisk Foriining mit ihrem Vorsitzenden Bahne Bahnsen, dessen Vater in dem Buch dargestellt wird.

Berthold Bahnsen wurde 1913 in Lindholm geboren und war nach 1945 ein führender Politiker der dänischen Minderheit und derjenigen Friesen, die mit den Dänen zusammenarbeiteten. Von 1947 bis 1954 und dann erneut von 1958 bis 1971 war er Landtagsabgeordneter, von 1962 bis zu

seinem Tod 1971 als „Ein-Mann-Fraktion“ des SSW. Er machte sich bei den anderen Parteien einen Namen als diplomatischer, pragmatischer und um Verständigung bemühter Politiker. Seine Stimme war entscheidend für die Kreisreform von 1970, die unter anderem zur Gründung des Kreises Nordfriesland führte.

Claas Riecken zeichnet in seinem Buch nach, wie es war, als Friesen mit Deutschen für Dänen Politik zu machen. Das Buch ist nicht nur eine Biografie, sondern zugleich ein Beitrag zur Landesgeschichte, zur Landtagsgeschichte und zur dänischen und friesischen Minderheitengeschichte. Das reich bebilderte Buch mit Personenregister ist im Verlag des Nordfriisk Instituut in der Reihe „Nordfriesische Lebensläufe“ erschienen, herausgegeben von Prof. Thomas Steensen.

Das Buch mit 216 Seiten kostet 19,80 Euro und ist erhältlich im Buchhandel oder direkt beim Nordfriisk Instituut (Tel.: 04671/60120, E-Mail: info@nordfriiskinstituut.de).

Der Land-Tag in LEICHTER SPRACHE

Alle Menschen sollen verstehen, was im Land-Tag gesagt wird. Hier stehen Texte in Leichter Sprache.

Denn: Viele Menschen haben Probleme mit dem Lernen, Lesen und dem Verstehen.

Viele Menschen können auch nicht so gut deutsch. Deswegen werden schwere Wörter erklärt.

Die Macher dieser Seite versuchen nach den Regeln für Leichte Sprache zu schreiben.

Drei Bürger-Preise für Menschen, die anderen helfen

Einmal in jedem Jahr gibt es den Bürger-Preis. Das ist eine Belohnung für Menschen, die anderen helfen.

Dieses Mal ging es um Kultur. Also: Lesen, Musik, Theater-Spielen. Der Land-Tag und die Spar-Kassen vergeben den Preis.

Es gab drei Sieger. Zwei Gruppen aus Lübeck und aus Rendsburg und eine Frau aus Bargtheide.

Jeder Sieger bekam 3.000 Euro und einen kleinen Pokal.



In Lübeck gibt es jedes Jahr eine Woche für das Lesen. Die heißt Jugendbuch-Tage. Was macht man da? Aus Büchern vorlesen. Oder Gedichte aufsagen. Oder eigene Geschichten erzählen. Kinder und Jugendliche sollen merken: Lesen bringt Spaß.

Vorne auf dem Bild stehen Hannah und Michaela. Sie helfen bei der Lese-Woche in Lübeck. Dafür gab es den Bürger-Preis. Links daneben steht Reinhard Boll. Er ist Chef von den Spar-Kassen. Er sagt: Wer anderen hilft, ist ein Vorbild für alle.

Einen Monat später gab es die Bürger-Preise für ganz Deutschland. Das war in Berlin. Die Jugendbuch-Tage haben wieder gewonnen!

Viele Menschen kommen zu uns nach Deutschland. Weil bei ihnen zu Hause Krieg ist. Diese Menschen heißen Flüchtlinge. Sie können oft kein deutsch. Sie fühlen sich oft fremd bei uns.

In Rendsburg spielen Flüchtlinge und Deutsche zusammen Theater. Das Theater heißt Szol Ha. Der Begriff kommt aus Afghanistan. Er bedeutet Frieden.

Die Theater-Macher wollen zeigen: Deutsche und Flüchtlinge passen gut zusammen. Dafür gab es den Bürger-Preis. Hamid und Rosana gehören zu der Theater-Gruppe.

Sie bekamen den Pokal und eine Urkunde. Später waren sie auch beim Bürger-Preis für ganz Deutschland. Sie wurden dort Zweiter.

Hinter ihnen steht Peter Eichstädt. Er ist Vorsitzender vom Sozial-Ausschuss. Er sagt: Danke an alle, die anderen helfen.



Hella Lorberg kommt aus Bargtheide. Dort hilft sie seit vielen Jahren beim Musik-Machen. Sie hat Geld gesammelt für eine neue Orgel in der Kirche. Und für ein neues Klavier in der Schule. Dafür bekam sie den Bürger-Preis.

Neben ihr steht Klaus Schlie. Er ist der Präsident vom Land-Tag. Er sagt: Der Preis ist für alle Menschen, die Gutes tun.



ERKLÄRUNG:

Die Leute im Land-Tag heißen Abgeordnete. In einem Ausschuss kümmern sich elf Abgeordnete um eine Sache. Zum Beispiel um die Bildung oder die Umwelt. Oder um Sozial-Politik.

Das heißt: Sie kümmern sich um alte Menschen oder um kranke Menschen oder um Menschen mit Behinderung.



WEIL UNSERE MEINUNG ZÄHLT

Jugend im Landtag: Das fordern wir!

- **Schule: besser und billiger**
- **Mitsprache in der Kommunalpolitik**
- **Mindestlohn für Schüler**
- **Bafög für alle**

Schleswig-Holstein muss mehr für die junge Generation tun, und auch der Bund muss nachlegen. Die „Jugend im Landtag“ hat Ende November einen umfangreichen Forderungskatalog an die Politik aufgestellt. Tenor: Mehr Geld für Bildung und Ausbildung, mehr Beteiligung. Bereits zum 29. Mal trafen sich rund 90 Nachwuchspolitiker für ein Wochenende im Landeshaus.

Eine Kernforderung: An den Schulen im Lande soll es mehr Lehrer geben – und zwar fünf Prozent über dem Bedarf. Dadurch sollen Fehlzeiten aufgefangen werden, etwa bei einer Schwangerschaft oder wenn ein Pädagoge krank ist. „Wir fordern 105 Prozent Lehrerversorgung für 100 Prozent Unterrichtsversorgung“, unterstrich Sophie Marxen aus Büdelsdorf.

Daneben drängen die Jugendlichen auf die „kostenlose Schule“. Sprich: Das Land soll die Ausgaben für Hefte, Stifte oder Bücher übernehmen. Und auch für Fotokopien sollen die Schulen keine Gebühren mehr erheben dürfen. Außerdem gaben die Jugendvertreter das Motto aus: mehr Computer im Unterricht. Jede Schule soll zehn Klassensätze mit je 30 Rechnern im Bestand haben.



Der Mindestlohn in Deutschland beträgt 8,50 Euro – allerdings nur für Erwachsene. Minderjährige Schüler, die Werbezettel austragen oder im Supermarkt Regale auffüllen, bekommen oft weniger. Das schleswig-holsteinische Jugendparlament fordert deswegen vom Bund den Mindestlohn für alle. „Einige Arbeitgeber stellen Schüler ein und kündigen sie dann mit dem 18. Geburtstag, um Geld zu sparen“, berichtete Till Faerber aus Neumünster. „Anschließend stellen sie dann wieder einen Minderjährigen ein.“

Berlin unterstützt Studenten und Azubis mit dem „Bundesausbildungsförderungsgeld“. Junge Leute, deren Eltern gut verdienen, bekommen das Bafög aber nicht. „Jugend im Landtag“ setzt sich für das „elternunabhängige Bafög“ ein. So können junge Menschen „möglichst früh unabhängig vom Elternhaus auf eigenen Füßen stehen“, betonte Jan Plambeck aus Wankendorf.

Laut Gemeindeordnung haben Jugendliche das Recht auf Mitsprache, wenn es vor Ort um ihre Angelegenheiten geht. Aber das klappt nicht überall. Deswegen will „Jugend im Landtag“ strengere Vorgaben für die Kinder- und Jugendbeiräte. Der derzeitige Paragraph sei „schwammig“, und die Mitarbeit der Jugendlichen werde oft „nicht wertgeschätzt“, klagte Tiemo Olesen aus Flensburg. Um die Aufmerksamkeit für die Jugendbeiräte zu steigern, sollen die Wahlen für diese Gremien landesweit am gleichen Tag über die Bühne gehen.

Redaktion dieser Sonderbeilage:

Cathrin Basche (ccb)
Leevke Puls (ljp)
Anton Schwertfeger (ass)
Florian Stammel (fst)
Karsten Blaas

Kiel sagt Ja, aber Hamburg sagt Nein – Was sagt die Jugend zu Olympia?

Am 29. November, während „Jugend im Landtag“ lief, stimmten die Bürger in Kiel und Hamburg über die Olympia-Bewerbung für 2024 ab. Ergebnis: ein deutliches Ja in Kiel, aber ein knappes Nein an der Elbe – das Ende des olympischen Traums. Auch die Jugendlichen im Landeshaus debattierten kontrovers über dieses Thema. „I scream“-Redakteur Florian Stammel traf Befürworter und Gegner.

Ja!

Hendrik Matthiesen, 15, aus Wendtorf, war Olympia-begeistert: „Ich würde mich sehr freuen, wenn ich die Olympischen Spiele in der Nähe hätte. Der ganze Sport sollte allgemein mehr gefördert werden. Viele Spitzensportler zeigen eine hohe Motivation. Ihre Anstrengungen und Leistungen achte ich sehr. Die Hotels in Hamburg finde ich den Sportlern angemessen. Sie bieten den nötigen Komfort, den ein Spitzensportler haben sollte. Die ganzen Events würden den Norden für Menschen von außerhalb attraktiver machen. Letztlich wäre ich auch gerne bei der Abstimmung in Kiel dabei gewesen, denn ich bin der Meinung, dass jede Stimme zählt.“



Nein!

Lasse Zarniko, 15, aus Kiel, ist gegen die Olympischen Spiele 2024 in Hamburg. Warum? „Ich finde, dass Hamburg kein guter Standort für die Olympischen Spiele ist. Das Ganze kostet alles viel zu viel Geld. Wo soll der Staat das hernehmen? Schleswig-Holstein würde in Finanznot kommen. Ich würde es viel besser finden, wenn man sich für einen festen Standort entscheidet und nicht jedes Mal den Standort wechselt. Des Weiteren sollten die Olympischen Spiele ohne den Erwerb einer Lizenz vom Olympischen Komitee stattfinden. Trotz allem hat der Spitzensport meiner Meinung nach seine Berechtigung. Daher sollte man in jedem Falle eine Reduzierung der Sportarten verhindern.“



Organspende: Aufklärung an der Schule!

Der Landtag und das Schulministerium sollen in Zukunft Schüler an Gymnasien, Gemeinschaftsschulen und Berufsschulen zwingend über Organspenden informieren. Dies hat die „Jugend im Landtag“ angeregt. Die Aufklärung kann entweder in Form einer regulären Unterrichtseinheit oder im Rahmen eines Projektes geschehen. Propaganda für oder gegen eine Spende soll allerdings verboten sein, da niemand in dieser sehr persönlichen Entscheidung beeinflusst werden sollte. Neutrale Informationen bezüglich Hintergrund, Bedarf, Ablauf, Chancen, Risiken sowie zu lokalen Anlaufstellen für Blut-, Organ- und Knochenmarkspenden sind gefragt. Dies begründete Antragsteller Florian Lienau aus Bokholt-Hanredder mit eigenen Erfahrungen: Bei einem Projekt, das die lebenswichtigen Spenden thematisierte, verhielten sich viele Leute aufgrund inkorrekt oder fehlender Information zunächst ablehnend. Sie änderten ihre Einstellung jedoch teilweise nach Klarstellungen, berichtete Florian. (ljp)

Flüchtlinge: Gegen Abschiebung im Winter!

Es ist kalter Winter. Ein Smartphone, Kleidung und eine enge Unterkunft. Die Familie ist nur zu Teilen mitgekommen. Viele, meist junge Personen, sind alleine aus ihrer Heimat geflüchtet. Und nun droht dem Flüchtling auch noch die Abschiebung? Für solche von politischen Entscheidungen abhängigen Zustände wurde bei „Jugend im Landtag“ nach Lösungen gesucht. Menschenwürde auf der einen und die Aufnahme-Kapazitäten des Landes auf der anderen Seite – es entstand eine hitzige, emotionale Debatte im Plenarsaal. Als Ergebnis sprach sich die große Mehrheit gegen die Abschiebung im Winter aus.

Zudem befasste sich das Jugendparlament intensiv mit der Psyche der Flüchtlinge. Besonders bei den traumatisierten Flüchtlingen gelte: „Je früher Hilfe geleistet wird, desto besser.“ Deshalb müsste bereits in der Erstaufnahme geholfen werden. Das Land und die Kommunen können durch psychologisch geschulte Fachkräfte helfen, sagte Brian Zube aus Oster-Ohrstedt. Auch für die Forderung nach mehr psychosozialer Betreuung gab es am Ende eine Mehrheit. (ass)

Führerschein: Alle fünf Jahre zum Test!

66.000 ältere Menschen über 65 waren im Jahr 2013 an Unfällen mit Personenschaden beteiligt. Das entspricht 11,8 Prozent aller Verkehrsunfälle. An Unfällen mit Todesfolge waren zu 29,9 Prozent ältere Menschen beteiligt. Das besagen Zahlen des Statistischen Bundesamtes. Ist es daher richtig, jeden Autofahrer alle fünf Jahre zum Seh- und Reaktionstest zu schicken?

„Jugend im Landtag“ hat sich hierzu intensiv ausgetauscht, sowohl im Arbeitskreis als auch im Plenum. Hier ist man insbesondere auf den Sicherheitsaspekt eingegangen. Als Gegenargument wurde der hohe bürokratische Aufwand erwähnt. Denn der Preis pro Test liegt bei 10 Euro. Sicherheit geht vor – daher sei es richtig, die Fahrer auf ihre Seh- und Reaktionsfähigkeit zu prüfen, hieß es bei der Mehrheit. Kfz-Steuer und Versicherungen seien ohnehin viel teurer als der Test. Schließlich wurde der Antrag angenommen. (fst)

Lernt mehr Sprachen!

Ein Antrag wird zum Film

Aussagen wie „Französisch und Spanisch sind nicht mehr gefragt“ waren häufig zu hören, als der Antrag „Mehr Sprachen in der Schule“ von Selina Seker aus der Landesschülervertretung der Gemeinschaftsschulen besprochen wurde. Sie fordert, dass Sprachen wie Dänisch, Arabisch oder Chinesisch in schleswig-holsteinischen Schulen unterrichtet werden. Selinas Argument: Die Schüler wünschen sich mehr Vielfalt. Für Arabisch spricht die aktuelle Flüchtlingswelle und für Dänisch die Nähe zum Nachbarland. Hier kam jedoch Protest aus dem Hamburger Rand: „Bei uns spielt Dänisch keine Rolle“.

„Es könnten zum Beispiel AGs von den Schulen angeboten werden, denn die Schulen sollten ihren Schülern die Möglichkeit bieten, sich weiter zu bilden“, sagte Selina. Das Interesse der Schüler an solchem Unterricht oder Kursen ist definitiv vorhanden, das fand auch die Mehrheit der „Jugend im Landtag“ und stimmte für den Antrag. Übrigens: Selina und ihr Antrag spielen die Hauptrolle in dem Film, den das TV-Team dieses Jahr gedreht hat. Die siebenköpfige Filmcrew begleitete sie von der ersten Vorstellung bis



Selina Seker bei den Dreharbeiten mit Moderator Timo Sander

zur letzten Abstimmung. Den Film gibt es im Internet zu sehen: www.sh-landtag.de, Rubrik „Service“, Stichwort „Jugend im Landtag“. (ccb)



Warum eigentlich „Jugend im Landtag“?

Zwei Gründe habe es gegeben, „Jugend im Landtag“ im Dezember 1985 ins Leben zu rufen, erzählt **Susanne Keller (Foto)**. Sie arbeitet im Landtag für die Öffentlichkeitsarbeit und organisiert die Veranstaltung. Zum einen soll „Jugend im Landtag“ junge Menschen mit Politikern zusammenführen, damit „die Jugendlichen ihre Anregungen und Forderungen loswerden“. Zum anderen hat das Wochenende im Landeshaus auch „Seminarcharakter“: Junge Menschen erfahren, wie politische Entscheidungsprozesse ablaufen – „und das kann verdammt anstrengend sein“. Trotzdem ist „Jugend im Landtag“ jedes Jahr ausgebucht. Es gibt stets mehr Bewerber als Plätze. Die Beschlüsse von „Jugend im Landtag“ richten sich an die „große“ Politik. Die Landtagsfraktionen, die Ausschüsse, aber auch die schleswig-holsteinischen Bundestags- und EU-Abgeordneten nehmen Stellung. Und hierüber wird dann erneut diskutiert: bei der Nachbereitungsrunde am 22. April 2016.

„Die Meinung der Jugendlichen gewinnt an Bedeutung“, betont Susanne Keller. Ein Beleg: Das Präsidium von „Jugend im Landtag“ hat in den letzten Monaten mehrmals in den Ausschüssen des Landtages Position bezogen.

Das neue Präsidium: der erste Satz nach der Wahl



Vizepräsident Florian Lienau, 18, (li.) aus Bockholt-Hanredder freut sich „auf ein spannendes Jahr in diesem coolen Präsidium“. **Präsidentin Lina Brandes**, 17, aus Büdelsdorf lacht und sagt: „Die 50 Euro haben sich gelohnt!“. **Vizepräsident Malte Harlapp**, 19, aus Reinbek hat „richtig Lust auf die Zusammenarbeit. Auf gut Glück!“

Speed-Dating: Abgeordnete treffen junge Wähler

Die „große“ Politik musste bei „Jugend im Landtag“ im Akkord arbeiten. Abgeordnete aus allen Fraktionen (hier: Christopher Vogt, FDP) hatten jeweils 20 Minuten Zeit, um sich mit einer Gruppe Jugendlicher auszutauschen. Dann ertönte der Gong, und sie zogen weiter zur nächsten Gruppe. Das politische „Speed-Dating“ mit dem (möglicherweise) künftigen Wähler dauerte zwei Stunden.



Darum bin ich hier!



Fin Maaß, 16, aus Ottenbüttel sagt: „Ich mag Politik generell sehr gerne, und als andere Mitglieder der Schüler-Union mir von ‚Jugend im Landtag‘ berichtet haben, meldete ich mich direkt an. Es gab schon so viele Interessenten, dass ich auf die Warteliste geschoben wurde. Über den Bestätigungsbrief habe ich mich daher umso mehr gefreut“, erzählt das Mitglied der „Jungen Union“. (ljp)



Oscar Yendell, 21, aus Flensburg ist zum vierten Mal dabei: „Mir macht es immer wieder Spaß, zu ‚Jugend im Landtag‘ zu kommen. Gerne würde ich nächstes Jahr wieder mitmachen. Die Debatten machen mir sehr viel Spaß. Am besten finde ich den Sonntag, weil dort heiß debattiert wird. Die Abende in der Jugendherberge finde ich sehr cool. Ich habe hier viel gelernt, und ich schreibe außerdem gerne Anträge.“ (fst)



Johanna Schneekloth, 17, ist Vorstandsmitglied in der Landesschülervertretung – und entschied sich deswegen für den Arbeitskreis zum Thema Bildung. Die politisch Begeisterte fand jedoch auch die weiteren Themen, wie zum Beispiel Flüchtlingsfragen, und die Positionen der verschiedenen Parteien spannend. Zudem gefällt ihr die unverbindliche Weise, mit der Jugendliche sich austauschen und im Landtag Empfehlungen an die „großen Politiker“ geben können. (ass)



Lukas Zeidler, 18, aus Wesenberg ist bereits zum vierten Mal bei „Jugend im Landtag“. Es wird wohl das letzte Mal sein: „Ich mache nächstes Jahr Abitur.“ Er setzt sich besonders für die Öffnung der Ehe ein und fordert das Adoptionsrecht für Homosexuelle sowie die Gleichstellung der Frau: für eine „offene Gesellschaft, gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus!“



Max Schuckart, 17, kommt aus Henstedt-Ulzburg. Er ist zum ersten Mal bei „Jugend im Landtag“. „Ich bin bei mir auf der Schule im Wipo-Profil. Das heißt, dass ich mich sowieso für Politik interessiere, und als unser Lehrer von ‚Jugend im Landtag‘ erzählt hat und uns vorgeschlagen hat daran teilzunehmen, waren ich und ein paar andere aus meiner Klasse sofort davon begeistert.“ (ccb)



Der Älteste trifft die Jüngste

Maurice Christiansen aus Flensburg war bei dieser „Jugend im Landtag“ der älteste Teilnehmer. Der 21-Jährige ist am 8. Juli 1994 geboren. Die Jüngste war Jana Stuth aus Neversdorf, geboren am 5. April 2001 und damit 14 Jahre alt. Zwischen Maurices und Janas Geburtstag liegen sechs Jahre, acht Monate und 26 Tage. Was kann man in dieser Zeit alles machen? „I scream“-Redakteurin Leevke Puls hat nachgerechnet. Innerhalb dieser 347 Wochen (oder 2426 Tage) kann man:

0,5	Durchschnitts-Ehen führen	77.632	Unterrichtsstunden besuchen oder schwänzen
9	Geburten hinter sich bringen		
220	Karibikkreuzfahrten unternehmen	291.120	Tiefkühlpizzen aufwärmen
		349.344	Mal Nägel lackieren
9.704	Abiturklausuren schreiben	1.164.480	Mal Zähne putzen
38.816	Fußballspiele sehen	104.803.200	Luftküsse verteilen

Landtagspräsident Klaus Schlie: Macht mit!



Zum Auftakt von „Jugend im Landtag“ hat Landtagspräsident Klaus Schlie die junge Generation zum Mitmachen in Politik und Gesellschaft aufgerufen. „Wir brauchen die Teilhabe der jungen Menschen“, betonte Schlie. Die Erfahrung, dass „man mit seiner Auffassung nicht immer durchkommt, sondern Kompromisse eingehen muss“, sei ein Teil des Lernprozesses bei „Jugend im Landtag“. Der Landtagspräsident bat die Jungparlamentarier, den Wert der demokratischen Debatte zuhause in ihren Schulklassen und Betrieben zu vermitteln: „Sagen Sie Ihren Freunden: Unsere Demokratie kann nur funktionieren, wenn möglichst viele mitmachen.“

Jugendliche trauern um Karl-Heinz Camien

Mit einer Schweigeminute haben die Teilnehmer von „Jugend im Landtag“ den langjährigen Begleiter des Jugendparlaments Karl-Heinz Camien gewürdigt. Der Träger des Bundesverdienstkreuzes aus Wedel war am 26. Oktober im Alter von 85 Jahren verstorben. Karl-Heinz Camien hat über viele Jahre als Vertreter des Altenparlaments an „Jugend im Landtag“ teilgenommen. Als „guter Geist“ betreute er die Jugendlichen, die in der Kieler Jugendherberge übernachteten, und lieferte zudem Denkanstöße für die Debatten. „Das Wichtigste war: Er hat uns ernst genommen“, sagte das ehemalige Präsidiumsmitglied Lukas Zeidler: „Er war eine Bereicherung.“





Haushalt 2016:

Neue Aufgaben, höhere Ausgaben, scharfe Kritik

Nach sechs Stunden Debatte hat der Landtag Mitte Dezember den Haushalt für das Jahr 2016 beschlossen. SPD, Grüne und SSW stimmen für das Elf-Milliarden-Euro-Paket, die Opposition war geschlossen dagegen. Aus Sicht von CDU, FDP und Piraten investiert die Koalition trotz Steuereinnahmen in Rekordhöhe und Niedrigzinsen viel zu wenig. Die Koalition argumentiert, die Mehreinnahmen seien für höhere Personal- und Flüchtlingskosten sowie für Bildung und Soziales verwendet worden.

Flüchtlinge: 816 Millionen Euro, 1.000 neue Stellen

Die große Unbekannte im Haushalt sind die Ausgaben für Flüchtlinge. Das Land rechnet für 2016 mit 27.200 zusätzlichen Asylbewerbern. Diese Zahl basiert auf Schätzungen der Bundesregierung – ob sie zutreffen wird, steht in den Sternen. Zum Vergleich: 2015 kamen rund 50.000 Asylbewerber nach Schleswig-Holstein.

816 Millionen Euro statt der ursprünglich vorgesehenen 314 Millionen hat die Landesregierung für diesen Zweck eingestellt. Hiervon sollen 1.000 neue Stellen im Landesdienst geschaffen werden – unter anderem 298 im Landesamt für Ausländerangelegenheiten, 280 für Lehrer, 200 für Polizisten, 25 an den Gerichten und 20 beim Verfassungsschutz. 190 Millionen Euro sollen für Unterkünfte ausgegeben werden. Hinzu kommen 421 Millionen für die Betreuung der Flüchtlinge und für Zahlungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Die Kommunen bekommen 10,9 Millionen Euro zusätzlich.

Mit Blick auf diese Extra-Ausgaben sprach Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) von einem „Haushalt, der Haltung mit Taten verbindet“. Er gebe „die Antwort auf die Frage: Wie sollen wir das schaffen?“ Oppositionsführer Daniel Günher (CDU) warf Rot-Grün-Blau hingegen vor, dass „keine einzige Ihrer zusätzlichen Ausgaben vernünftig gegenfinanziert ist“.

Investitionen: Bildung kontra „Beton“

791 Millionen Euro will die Landesregierung im Jahr 2016 in Straßen und Gebäude investieren. Die Investitionsquote liegt damit bei 7,2 Prozent. Zum Vergleich: 2010 waren es 10,6 Prozent, 2004 lag die Quote bei 8,4 Prozent. CDU-Finanzexperte Tobias Koch beklagte den „nie dagewesenen Tiefpunkt“ bei den Investitionen. CDU und FDP forderten vergeblich 70 beziehungsweise 95 Millionen Euro mehr für die Infrastruktur.

Lars Harms (SSW) machte eine andere Rechnung auf. Die Koalition schaffe über 1.500 Lehrerstellen und 314 Stellen für

Schulassistenten. 17,8 Millionen Euro gehen in die Schulsozialarbeit, zehn Millionen an die Hochschulen und 25,9 Millionen an die Kitas. Auch dies seien Investitionen in die Zukunft des Landes – „völlig egal, ob diese Maßnahmen dann dazu führen, dass die rechnerische Investitionsquote in Beton sinkt“.

Den Sanierungsbedarf der Infrastruktur des Landes hat die Regierung auf 4,85 Milliarden Euro beziffert. Um gegenzusteuern, hat die Koalition zusammen mit dem Haushalt das 2,2 Milliarden Euro schwere Sondervermögen „Impuls 2030“ beschlossen. Das Geld soll ab 2018 in die Verkehrswege sowie das Bildungs- und Gesundheitswesen fließen.

Verwaltung: Bauftragte und Krisen-PR

Die Koalition hat eine Ombudsperson für die Kinder- und Jugendhilfe und einen Polizeibeauftragten etabliert. Beide sollen der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, zugeordnet werden. Sie erhält fünf zusätzliche Stellen. Dafür sind 205.000 Euro vorgesehen. Grünen-Fraktionschefin Eka von Kalben wehrte sich gegen die Kritik am Polizeibeauftragten: „Warum soll die Bundeswehr einen Wehrbeauftragten haben, aber die Polizei nicht?“ In Rheinland-Pfalz habe sich dieser Posten

bewährt. Heiner Garg (FDP) kritisierte hingegen das „Misstrauensvotum“ gegen die Ordnungshüter.

Die Landesregierung hat außerdem ihre Repräsentationsmittel erhöht und 200.000 Euro für „Krisenkommunikation“ veranschlagt. Auch hier ging Garg auf Gegenkurs. Statt einer „luxuriösen PR-Ausstattung“ empfahl er dem Kabinett „eine bessere Politik“.

Schuldenbremse: der 39-Millionen-Puffer

Die Neuverschuldung steigt auf 272 Millionen Euro. Im Juli waren noch 52 Millionen Euro vorgesehen. Damit verfehlt Schleswig-Holstein zum ersten Mal die strengen Landesvorgaben zur Schuldenbremse, die seit 2009 in der Verfassung verankert ist. Die weniger strikte Bundesvorschrift wird jedoch eingehalten. Hier gibt es einen Puffer von 39 Millionen Euro zur erlaubten Obergrenze.

Die Koalition nutze ihre „gegebenen Handlungsmöglichkeiten“ für eine „solide, aber nicht unsoziale Politik“, argumentierte SPD-Fraktionschef Ralf Stegner. Torge Schmidt (Piraten) sah die Haushaltsentwicklung hingegen als Alarmsignal und forderte einen strikten Sparkurs: „Alle Ausgaben müssen auf den Prüfstand.“

(Drucksache 18/3597)



Handy an der Schule: Zur Pause darf es klingeln

Handys für Kinder und Jugendliche sind ein Streitthema. Eltern und Lehrer finden, sie lenken ab, rauben Zeit und stören – deswegen hätten die Mobiltelefone in Schulen auch nichts zu suchen. Doch „ein generelles Handy-Verbot ist rechtswidrig und unverhältnismäßig“, stellte Bildungsministerin Britta Ernst (SPD) in der November-Tagung klar. Allerdings obliege es jeder Schule, über Nutzungseinschränkungen, etwa im Unterricht oder bei Prüfungen, eigenverantwortlich zu entscheiden.

Angestoßen wurde die Debatte von den Piraten, nachdem der Wissenschaftliche Dienst des Landtages zuvor ebenfalls ein pauschales Handy-Verbot als unzulässig eingestuft hatte (siehe Infokasten). „Wir wollen, dass moderne Medien und deren Einsatz in Schulen positiv betrachtet und gewinnbringend in die pädagogischen Konzepte der Schulen eingebracht werden“, begründete der schulpolitische Sprecher der Oppositionsfraktion, Sven Krumbek, den Vorstoß. Seine zusätzliche Forderung an Ministerin Ernst: Sie soll die Schulen auffordern, umgehend ein medienpädagogisches Konzept zu entwickeln, denn „Schule als Lernort kann nur gelingen, wenn wir aus

ihr keine konstruierte weltfremde Welt machen“. Die Ministerin antwortete umgehend: Die Hälfte der Schulen im Land habe so ein Konzept bereits. Vorschreiben wolle sie es der anderen Hälfte aber nicht.

Trotz grundsätzlicher Einigkeit in der Sache gab es von den anderen Fraktionen Kritik am Piraten-Antrag. Ihr sei keine einzige Lehranstalt im Land mit einem generellen Handy-Verbot bekannt, betonte Heike Franzen (CDU). Sie forderte zugleich: „Wir sollten die Schulen nicht mit weiteren Konzepten überziehen, denn sie haben ganz andere Probleme.“ In die gleiche Richtung argumentierte Kai Vogel (SPD). Schulen sollten selbst ihre Schwerpunkte

festsetzen und das Problem der Handy-Nutzung über die Schulkonferenz intern lösen, sagte er.

Für Anita Klahn ist es vor allem Sache der Eltern, ihren Kindern „einen vernünftigen Umgang mit dem Handy“ beizubringen. Zudem verwies die FDP-Bildungsexpertin auf den staatlichen Erziehungsauftrag, der einen störungsfreien Unterricht vorschreibe. Anke Erdmann von den Grünen hob hervor, dass es in den Pausen um echte, persönliche und nicht um virtuelle Begegnungen gehe. Auch Eltern müssten lernen, dass ihre Kinder nicht jederzeit für sie erreichbar sind.

Jette Waldinger-Thiering (SSW) erklärte, die Schule der Zukunft müsse technische Innovationen integrieren und nicht verbieten. Es mache Sinn, die verschiedenen Funktionen eines Handys auch im Schulalltag zu nutzen.

Der Bildungsausschuss berät den Antrag weiter. Unter anderem soll dann auch das Thema Cyber-Mobbing erörtert werden. Darunter versteht man Diffamierung, Belästigung, Bedrängung und Nötigung anderer Menschen mit Hilfe elektronischer Kommunikationsmittel.

(Drucksache 18/3522)

Das Gutachten: Grundrechte kontra Spickzettel

Schulen dürfen nach Ansicht des Wissenschaftlichen Dienstes zwar kein generelles Handy-Verbot aussprechen. Sie dürfen aber die Nutzung einschränken, in begründeten Einzelfällen auch verbieten. Während des Unterrichts sollen die Telefone grundsätzlich ausgeschaltet bleiben, um den Schulbetrieb nicht zu stören – es sei denn, der Lehrer fordert zum Gebrauch auf. In den Pausen kann die Nutzung in Ausnahmefällen beschränkt werden, in Freistunden sowie vor und nach dem Unterricht jedoch nicht. Hier würde ein Verbot in Grundrechte wie das Allgemeine Persönlichkeitsrecht, die Eigentumsgarantie und die Meinungs- und Informationsfreiheit eingreifen. Klare Vorgaben macht das Gutachten bei Klassenarbeiten, Klausuren, Tests und Abschlussprüfungen. Das Mitführen eines Mobiltelefons könne als Täuschungsversuch gewertet werden, da das Telefon als „elektronischer Spickzettel“ genutzt werden könnte. Zieht die Schule ein Handy als erzieherische Maßnahme ein, so muss der Schüler sein Gerät noch am selben Tag zurückerhalten.



Das Mobiltelefon gehöre zum Alltag, stellte Bildungsministerin Britta Ernst (SPD) fest: „Unsere Schulen haben das Thema Lernen mit digitalen Medien auf der Tagesordnung. Sie machen das, und sie können das.“

Flüchtlinge: Pläne und Probleme



Flüchtlinge am Kieler Fährhafen

Der Zustrom von Flüchtlingen stellt Politik, Behörden und ehrenamtliche Helfer vor Herausforderungen, die noch vor Kurzem undenkbar schienen. Der Landtag debattierte im November und im Dezember verschiedene Aspekte des Themas und suchte nach Lösungswegen.

Thema Ehrenamt

Der Landtag will den Weg ebnen, damit sich noch mehr Menschen ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe engagieren können. Koalition und CDU fordern, in Schleswig-Holstein mehr Stellen beim Bundesfreiwilligendienst (Bufdi) einzurichten. Zugleich sollen Asylbewerber verstärkt für das Engagement in Vereinen und Institutionen gewonnen werden.

Von den 10.000 neuen Bufdi-Stellen, die der Bundestag eingerichtet hat, entfallen 760 auf Schleswig-Holstein, unterstrich Petra Nicolaisen (CDU). Dies gelte es für eine „bessere, flexiblere Flüchtlingshilfe“ zu nutzen. Zudem könnten sich Asylbewerber bei der Feuerwehr oder beim Technischen Hilfswerk engagieren.

Serpil Midyatli (SPD) lobte „die vielen Ehrenamtler, die sich um die

Flüchtlinge kümmern“. Wolfgang Kubicki (FDP) zeigte sich dagegen skeptisch. Die Politik dürfe sich „nicht daran gewöhnen, dass die Ehrenamtler dauerhaft die Lücke füllen können, die der Staat aufreißt“. Am Ende setzte die Koalition ihr Papier gegen das ähnlich lautende Papier der CDU durch.

(Drucksachen 18/3459, /3589)

Thema Pensionäre

Pensionierte oder kurz vor dem Ruhestand stehende Beamte können künftig ihren Dienst wieder aufnehmen oder verlängern, um im Flüchtlingsbereich zu helfen. Das sieht ein Gesetz der Landesregierung vor, das der Landtag im Dezember mit großer Mehrheit beschlossen hat. Auf die Erfahrung dieser Profis könne das Land nicht verzichten, hieß es unisono. Polizisten, Lehrer, Justizbeamte oder Verwaltungskräfte sollen

mit 15 Prozent mehr Grundgehalt gelockt werden.

(Drucksache 18/3538)

Thema minderjährige Flüchtlinge

Mit mehr als 2.500 minderjährigen, alleinreisenden Flüchtlingen rechnet die Landesregierung im Jahr 2015. Die Jugendlichen sollen nun ausgewogener im Land verteilt werden, um besonders betroffene Städte wie Neumünster zu entlasten. Das kündigte Sozialministerin Kristin Alheit (SPD) im November-Plenum an.

Zurzeit seien die Betroffenen im Lande sehr ungleich verteilt, berichtete Alheit. Denn die überwiegend männlichen Jugendlichen aus Syrien, Afghanistan oder Eritrea werden vor allem entlang der Transitrouten nach Skandinavien in Obhut genommen, beispielsweise an der A7. Entsprechend werden allein in Neumünster über 400 junge Leute betreut, so Alheit – in anderen Kreisen jedoch nur 30. Ein neues Bundesgesetz soll das nun ändern. Zudem kann Schleswig-Holstein 474 minderjährige Flüchtlinge an andere Bundesländer abgeben.

Ein weiteres Problem: Weil so viele Jugendliche ins Land kommen, können sie oft nicht nach den Standards der Jugendhilfe untergebracht und versorgt

werden. Sie müssen teilweise in Achtbettzimmern übernachten, und es gibt weniger Betreuer als vorgeschrieben. Es erfolge eine „Notversorgung bei gleichzeitiger Berücksichtigung des Kindeswohls“, sagte die Ministerin. Die Jugendhilfe-Bestimmungen dürften „nur so lange außer Kraft gesetzt werden, wie es unbedingt notwendig ist“, mahnte Astrid Damerow (CDU).

(Drucksachen 18/3529, /3590)

Thema Asylverfahren

Die FDP will das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) entlasten. Weil die Nürnberger Behörde oft Monate für einen Asylantrag braucht, sollen Flüchtlinge aus den Krisenländern Syrien und Irak gleich von den Ausländerbehörden der Länder übernommen werden. Dort sollen sie nach Willen der Liberalen eine Aufenthaltsgenehmigung für maximal drei Jahre erhalten – und damit auf Jobsuche gehen können. Das sei „notwendig für eine schnelle Integration“, betonte FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki. Rot-Grün-Blau und Piraten stimmten im Grundsatz zu. Für die CDU schafft der Gesetzentwurf der FDP hingegen „falsche Anreize“. Nun beraten der Innen- und Rechtsausschuss und der Europaausschuss.

(Drucksache 18/3654)



Astrid Damerow (CDU) hielt der Landesregierung vor, das Problem alleinreisender minderjähriger Flüchtlinge zu spät erkannt zu haben: Der derzeitige Zustrom sei „seit einem Jahr absehbar“ gewesen.

Bildungsausschuss:

Erinnerung an deutsche Teilung

Der Bildungsausschuss ist sich einig: Schleswig-Holstein muss die Geschichte der deutschen Teilung grundsätzlich aufarbeiten. Und dazu bedarf es eines landesweiten Gedenkstättenkonzeptes. Weiter strittig ist eine von CDU und Piraten geforderte dauerhafte Finanzspritze für die Grenzdokumentationsstätte Lübeck-Schlutup von jährlich 10.000 Euro.

SPD, Grüne und SSW wollen zunächst den Beitrag des Museums zur historischen Bildung diskutieren und sehen Unklarheiten bei der langfristigen Trägerschaft, hieß es Ende November und Mitte Dezember im

Ausschuss. Die Opposition verwies hingegen auf die finanziellen Nöte der Einrichtung und drängte – vergeblich – auf eine Aufnahme des Postens in den Haushalt 2016.

Kulturministerin Anke Spoorendonk (SSW) bot an, im ersten Quartal 2016 mit den kulturpolitischen Sprechern der Fraktionen und dem Landesbeauftragten für politische Bildung über das Thema zu sprechen. Gemeinsam soll überlegt werden, wie ein Konzept mit den Bildungs- und Erinnerungsstätten zur deutschen Teilung erarbeitet werden kann. „Ich sehe die Notwendigkeit eines anderen Aufschlags“, sagte Spoorendonk im Ausschuss. So sei etwa denkbar, eine neue Ausstellungshalle im Freilichtmuseum Molfsee zur Darstellung der deutsch-deutschen Zeitgeschichte zu nutzen.



Bildungsausschuss:

Zwei Prozent des Unterrichts

fallen ersatzlos aus

An Schleswig-Holsteins Schulen fallen zwei Prozent aller Unterrichtsstunden ersatzlos aus. Weitere 6,2 Prozent werden nicht planmäßig erteilt. Das ergab ein erster Zwischenbericht zum neuen Online-Portal des Landes zur Unterrichtserfassung (PUSH), den Bildungsministerin Britta Ernst (SPD) Anfang November im Bildungsausschuss vorstellte.

Die Ministerin betonte: „Das ist kein Wert, mit dem wir uns zufrieden geben. Wir wollen das gerne verbessern.“ Im Vergleich zu anderen Bundesländern liege Schleswig-Holstein im Durchschnitt.

Das neue System, mit dem im Unterschied zum Vorgänger ODIS Daten aller Schulen erfasst werden sollen, befindet sich in einer zweijährigen Testphase. Für den Zwischenbericht wurden Eintragungen der Schulen seit dem Start im Oktober 2014 bis Juli 2015 ausgewertet. Fast alle Schulen beteiligten sich. Sie geben Gründe und Umfang von Unterrichtsausfall an und welche Art von Vertretungsunterricht erteilt wurde.

Hauptursache für den Unterrichtsausfall ist demnach mit 60 Prozent die Erkrankung von Lehrkräften, gefolgt von der Wahrnehmung anderer Aufgaben, etwa Prüfungen und Projekttag, mit 31 Prozent.

Mit PUSH habe man erstmals eine glaubhafte Datenbasis, die Transparenz schaffe, sagte Ernst. Auch die Ausschussmitglieder äußerten sich im Grundsatz positiv zum neuen System, machten aber auch Defizite aus. So kritisierte die CDU-Abgeordnete Heike Franzen, dass die Beruflichen Schulen und die Förderzentren mit dem Schwerpunkt Geistige Entwicklung nicht eingebunden wurden.

Innenausschuss:

Kritik am JVA-Austausch mit Hamburg

Das Justizministerium prüft eine Kooperation mit Hamburg im Bereich des Frauen- und Jugendstrafvollzugs. Das bestätigte SSW-Justizministerin Anke Spoorendonk Anfang November im Innen- und Rechtsausschuss. Zuvor hatten die Parlamentarier zum Teil scharf kritisiert, dass sie über dieses Vorhaben erst aus der Presse erfahren hätten.

Spoorendonk reagierte auf die Vorwürfe mit dem Hinweis, dass es sich derzeit lediglich um eine „Vorprüfung“ handle. In Arbeitsgesprächen mit Hamburg werde eine Verlegung des Lübecker Frauengefängnisses an die Elbe „sondiert“, so die Ministerin. Im Gegenzug will Hamburg jugendliche Gefangene in Schleswig-Holstein unterbringen. Hier sind die Standorte Schleswig und Neumünster im Gespräch.

Zudem wird nach Angaben der Ministerin überlegt, ob auch von Sicherungshaft bedrohte Häftlinge nach Hamburg überstellt werden sollen. Seit zwei Jahren gibt es ein Abkommen, aufgrund

dessen Schleswig-Holstein seine Sicherungsverwahrten in der JVA Hamburg-Fuhlsbüttel unterbringt.

Der FDP-Abgeordnete Ekkehard Klug verwies auf den Entwurf des Strafvollzugsgesetzes, der zurzeit im Landtag beraten wird. Ein Ziel dieses Gesetzes: Gefangene sollen in der Nähe ihrer Familie resozialisiert werden. „Wie passt das mit einer Überstellung ins ferne Hamburg zusammen?“, fragte Klug. So weit sei man noch nicht, sagte Spoorendonk: „Dies wird noch besprochen.“ Grundsätzlich seien aber die Wege für Gefangenenbesuche nach Hamburg oft nicht viel weiter als nach Lübeck.





Bericht an den Finanzausschuss:

Der Schilderwald wird gelichtet

Schilder abbauen, Geld sparen: Diese Maßgabe hatte der Finanzausschuss im Dezember 2014 an das Verkehrsministerium ausgegeben. Nun liegt ein erster Bericht von Minister Reinhard Meyer (SPD) vor. Kernpunkt: In den nächsten Jahren sollen im Lande Tausende Schilder verschwinden – etwa Gefahrenhinweise oder Tourismuswerbung.

Hintergrund der Rodungspläne im Schilderwald sind Mahnungen des Landesrechnungshofs (LRH). Die Rechnungsprüfer schätzen die Zahl der Schilder in Schleswig-Holstein auf mehrere Hunderttausend. Präzise Angaben seien nicht zu ermitteln, weil viele Kommunen selbst nicht wüssten, wie viele Plaketten bei ihnen an den Laternenpfählen hängen. Teuer und oft überflüssig, sagt der LRH.

Allein der Landesbetrieb Straßenbau muss pro Jahr zwei Millionen Euro aufbringen, um die landes- und bundeseigenen Schilder in Schuss zu halten. Hinzu kommen die Ausgaben der Städte, Kreise und Gemeinden. Dabei ist seit 2009 die sogenannte „Schilderwald-Novelle“ in Kraft, eine Entschlackung der Straßenverkehrsordnung. Die gelte es nun umzusetzen, fordern LRH und Finanzausschuss. Denn 30 Prozent aller Schilder seien überflüssig.

Das Verkehrsministerium hat aufgelistet, welche Hinweistafeln verschwinden sollen. Dazu gehören die Warnschilder zu Schnee- und Eisglätte, Steinschlag, Schotter, Ufer, Viehtrieb oder vor einem Zebrastrifen. Auch vor Bahnübergängen stehen viele überflüssige Schilder – etwa zum Überholverbot, das hier ohnehin gilt. An Autobahnen ist der Hinweis auf die Richtgeschwindigkeit von 130 km/h verzichtbar. Und die braunen Tafeln mit Tourismus-Tipps am Rand der Autobahn sollen künftig nur noch für fünf Jahre genehmigt werden. Danach wird geprüft, ob sich der Wegweiser bewährt hat.

Auf eines weisen die Rechnungsprüfer allerdings hin: Parallel zum Abbau der Schilder müsse bei den Autofahrern das „Verständnis der Verkehrsregeln“ wachsen.

Sozialausschuss:

Kampf gegen das Schnüffeln

Viele Jugendliche „schnüffeln“ – und bringen sich damit in tödliche Gefahr. Der Sozialausschuss will nun eine Informationskampagne gegen den billigen Rausch aus der Spraydose anstoßen. Ob auch Warnhinweise auf Deos oder Putzmitteln nötig sind, blieb bei der Sitzung Anfang Dezember umstritten.

Die CDU fordert eine solche Kennzeichnungspflicht. „Wir müssen deutlich sagen: Das ist gefährlich“, betonte der Abgeordnete Hans Hinrich Neve. In Großbritannien sei dieser Schritt erfolgreich gewesen. Björn Malchow, Geschäftsführer der Landesstelle für Suchtfragen, sah das anders: „Das schreckt nicht ab, sondern weckt die Neugier.“ Zudem könnten mehr als 1.000 Produkte in Deutschland fürs Schnüffeln zweckentfremdet werden – und eine durchgehende Kennzeichnung sei nur schwer zu erreichen.

In erster Linie seien die Eltern gefragt, betonte Malchow. Sie müssten die klare Regel aufstellen: „Hygieneartikel gehören nicht ins Kinderzimmer, sondern ins Badezimmer.“ Und sie sollten die Nöte ihres Nachwuchses ernst nehmen. Ärger in der Schule, Stress im Freundeskreis oder auch Langeweile seien oft der Einstieg in den Drogenkonsum. „Es geht darum, die Lebenskompetenz zu fördern“, sagte Malchow.

Hintergrund der Diskussion: Im März 2015 ist ein 13-jähriges Mädchen aus Kronshagen bei Kiel beim Inhalieren von Treibgasen aus einem Deo-spray erstickt. Einer internationalen Studie zufolge haben zehn Prozent der 16-Jährigen in Deutschland Erfahrung mit Schnüffeln.

Verkehrsausschüsse:

Gemeinsam für die S-Bahn-Linie 4



Große Einmütigkeit zur S-Bahn-Linie 4 bei den Verkehrspolitikern im Norden: Der Wirtschaftsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages und der Verkehrsausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft wollen das Schienenprojekt zwischen Bad Oldesloe und Altona weiter vorantreiben. Ende November trafen sich die beiden Ausschüsse sowie Vertreter der beiden Landesregierungen zu einer gemeinsamen Sitzung im Landeshaus. Ergebnis war eine Resolution, der zufolge sich die Nord-Regierungen beim Bund für den Bau und die Mitfinanzierung der Linie 4 einsetzen sollen. Denn: Das Projekt werde die Pendlerströme im Hamburger Rand entlasten und sei auch wichtig für den Fernverkehr. Die Kosten werden in einer neuen Untersuchung auf 915 Millionen Euro geschätzt.

IM RÜCKBLICK

Was hat die Landespolitik in früheren Zeiten bewegt?

In dieser Serie blicken wir ins Archiv und spüren nach, was den Landtag in vergangenen Zeiten beschäftigt hat. Diesmal geht die Reise in den Januar 1999. Die Wehrmachtsausstellung im Landeshaus schlägt hohe Wellen.

1999: Schleswig-Holstein

streitet über die Wehrmachtsausstellung

Am 5. März 1995 öffnet in der Kampnagel-Fabrik in Hamburg die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ ihre Tore. Rund 1.400 Fotos zeigen Verbrechen von Wehrmachtsoldaten, vor allem im Krieg gegen die Sowjetunion. Kernthese der Ausstellung: Die Wehrmacht habe beim Vernichtungskrieg der Nationalsozialisten gegen Juden, Kriegsgefangene und Zivilbevölkerung aktiv mitgemacht. Während der folgenden vier Jahre wandert die Ausstellung durch 33 deutsche und österreichische Städte. Insgesamt strömen rund 800.000 Besucher in die vom Hamburger Institut für Sozialforschung konzipierte Schau. Ein Teil der Besucher sieht sie als pauschale Verleumdung aller Wehrmachtsoldaten, ein anderer Teil als notwendige Aufarbeitung eines dunklen Kapitels der deutschen Geschichte.

In Kiel macht sich Landtagspräsident Heinz-Werner Arens (SPD) dafür stark, die Schau ab Januar 1999 für vier Wochen in den Landtag zu holen. Aufgrund seines Engagements ist er Drohungen vom rechten Rand ausgesetzt. Doch Arens lässt sich nicht beirren: „Ich habe die Ausstellung nicht ins Landeshaus geholt, weil sie gut oder schlecht ist oder ich sie dafür halte. Entscheidend ist, dass diese Ausstellung Auslöser eines offensichtlich notwendigen

Aufarbeitungsprozesses unserer Vergangenheit ist.“

Im Landtag gibt es Gegenwind. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Martin Kayenburg schreibt in einer Sonderausgabe der Landtagszeitschrift: „Wir sehen das hohe Haus nicht als geeigneten Ort für eine Ausstellung an, die wissenschaftlichen Ansprüchen nicht gerecht wird und der es allem Anschein nach darum geht, die gesamte Wehrmacht zu denunzieren und das Vorurteil ‚Soldaten sind Mörder‘ zu bestätigen.“ Mit ihrer Ablehnung steht die CDU jedoch allein da. Sowohl die Regierungsfaktionen SPD und Grüne als auch FDP und SSW befürworten das Landeshaus als Ausstellungsort.

Zur Eröffnung am 18. Januar 1999 kommen Jan Philipp Reemtsma, Gründer des Hamburger Sozialforschungsinstituts, der dänische Oberrabbiner Bent Melchior und Ludwig von Friedeburg, Sohn des letzten Oberbefehlshabers der deutschen Kriegsmarine. Das Landeshaus erlebt in den folgenden Wochen einen Besucheransturm. Um

die Teilnehmer mit den verstörenden Bildern nicht allein zu lassen, ergänzt ein umfassendes Begleitprogramm die Ausstellung. Täglich diskutieren Besucher mit Politikern und Wissenschaftlern. Die Fraktionen verteilen Informationshefte, und die Gäste werden fachkundig durch die Schau geführt und vorab auf das Gezeigte vorbereitet.



Besucher der Wehrmachtsausstellung im Landeshaus

Am 30. Januar, dem Jahrestag der „Machtergreifung“ Hitlers reisen 1.000 Neonazis aus ganz Deutschland und dem Ausland an. Hunderte Linksautonome versuchen, den Aufmarsch zu stoppen. Bei schweren Krawallen werden zahlreiche Teilnehmer und Polizisten verletzt, es entsteht ein Sachschaden von mehreren 10.000 Mark. Das Interesse der Bürger bleibt auch nach den Protesten hoch: Rund 69.000 Menschen sehen sich die Ausstellung an. Die Gästebücher sind voll von emotionalen Kommentaren. Lob und Kritik halten sich die Waage.

„Danke für diese Ausstellung“ heißt es auf der einen Seite. Die Schau sei „ganz ausgezeichnet und außerordentlich objektiv“. Viele Besucher zeigen sich erschüttert von den Bildern. Auf der anderen Seite wird geschimpft: „Unwissenschaftlich, demagogisch und links“, „schlicht eine Unverschämtheit“, „bodenlose Verleumdung“.

„Auch die Nachlese ist noch gespalten“, titelt die Landtagszeitschrift im Februar. Im Landtag lobt die SPD-Abgeordnete Ursula Kähler die „Ausstellung zum Vernichtungskrieg“ dafür, dass sie „geeignet gewesen ist, die deutsche Geschichte besser zu beurteilen“. Die CDU hingegen bleibt bei ihrer Kritik – die Fotoschau zeige nur einen Teil der Wehrmachtsgeschichte, so Heinz Maurus, und den setze sie absolut. Die Grünen-Abgeordnete Irene Fröhlich kontert: „Es ist zwar eine alte Tradition, den Boten für die Botschaft zu erschlagen. Besser aber ist es, sich mit der Botschaft selbst auseinanderzusetzen.“ Wolfgang Kubicki (FDP) nutzt das Thema für einen Appell: „Unsere Aufgabe als demokratische Politiker besteht darin, es nie wieder zu einem Zustand kommen zu lassen, in dem Einrichtungen des Staates missbraucht werden können, um die Menschenwürde und die Menschenrechte zu verletzen.“

Vivien Albers

2015: Zeitzeugen blicken zurück

Ende Oktober 2015 werden die Ereignisse rund um die Wehrmachtsausstellung wieder aufgerollt: Sie steht im Zentrum der Tagung „Erinnerung und Verantwortung“ der Heinrich-Böll-Stiftung im Landeshaus. Verantwortliche, Beteiligte und damalige Besucher diskutieren über die Wehrmachtsausstellung in Kiel. Landtagsvolontärin Vivien Albers sprach mit Joachim Köhler, dem damaligen Sprecher des Landtages, und Holger Fritsch-Dainat. Der heutige Geschichtslehrer an der Isarnwohld-Schule in Gettorf war damals einer der Studenten, die die Besucher durch die Ausstellung führten.

Joachim Köhler: „Ein wichtiger Anstoß für junge Leute“



Wie ist Ihnen die Fotoschau in Erinnerung geblieben?

Positiv. Das war eine Ausstellung, die auf eine ungeheure Resonanz gestoßen ist. Für ganz viele Besucher war es auch ein Anstoß, sich mit dieser Geschichte intensiver zu befassen. Für viele junge Menschen war es das erste Mal, dass sie mit dem Thema in Berührung kamen.

Was ist Ihnen Besonderes im Gedächtnis geblieben?

Da war natürlich zum einen der große Andrang. Zum anderen gab es diese entsetzliche Demo der jungen Nazis. Das war sehr schlimm. Da erlebt man dann, dass es sie gibt. In so einer Situation ist es anders als im normalen Alltag: Da begegne ich nicht 200, die mit einem Abzeichen der NPD herumlaufen. Aber da merkt man auf einmal, wie viel Potential es gibt, und das ist schon erschreckend.

Die Ausstellung wurde im Vorhinein kontrovers diskutiert, weil sie zum ersten Mal in einem Parlament gezeigt wurde. Stand es für Sie zur Debatte, sie ins Haus zu holen?

Ich hatte nie einen Zweifel daran, dass das richtig war, und ich habe den damaligen Landtagspräsidenten in seiner Rolle natürlich absolut unterstützt. Es war sehr gut, dass es die vielen Begleitveranstaltungen gab. Insofern war es eine sehr gelungene Veranstaltung.

Ist die Ausstellung heute noch aktuell?

Ja. Es ist immer wieder wichtig, mit so etwas die junge Generation zu informieren und sie auf unsere Geschichte zu stoßen. Denn es gibt immer wieder diese Tendenz, das, was gewesen ist, zu verdrängen.

Holger Fritsch-Dainat: „Spannend, aber didaktisch eine Herausforderung“

Sie haben damals als Student Gäste durch die Ausstellung geführt – was ist Ihnen im Gedächtnis geblieben?

Unheimlich positiv und spannend war die große Zahl an Bundeswehrsoldaten. Denn das war verknüpft mit der ganz speziellen Frage: Wie würde man heute mit solchen verbrecherischen Befehlen umgehen? Es war spürbar, dass die Soldaten empfanden: Nein, das würden wir, das dürften wir heute nicht mehr machen.

Und wie war es bei den Schülern?

Die sagten: Krieg ist sowieso immer doof. Denen mussten wir klar machen, dass der Vernichtungskrieg in der Sowjetunion ein spezielles Problem ist, weil dort systematisch gemordet und gegen die Regeln des Krieges verstoßen wurde. Absichtlich. Und nicht nebenbei.

Kritiker monieren, die Ausstellung sei „didaktisch Mist“ gewesen – können Sie sich das erklären?

Sie hatte kein didaktisches Konzept. Sie war einfach eine Ausstellung. Das finde ich völlig legitim. Die Didaktik mussten wir als Ausstellungsbegleiter drumherum spinnen. Und: Die Schau war viel zu groß, um sie den Besuchern in einer Dreiviertelstunde zugänglich zu machen. Dafür hätte man zwei, drei Stunden gebraucht.

Gab es Dinge bei den Führungen, die Sie als besonders schwierig empfunden haben?

Schwierig war es, mit Menschen umzugehen, die Opfer der Nazis waren oder den Opfern nahestanden. Es war selten, aber es kamen auch Kriegsoffer und jüdische Besucher. Das war nicht leicht, und man musste natürlich besonders sensibel sein.



Ostseeforum: Experten streiten über den Umgang mit Russland

„Prinzip Hoffnung“ kontra „Blauäugigkeit“

Russland hat im März 2014 die ukrainische Halbinsel Krim besetzt. Die Separatisten in der Ost-Ukraine erhalten offenbar Unterstützung aus Moskau. Der Westen antwortet mit Wirtschaftssanktionen und friert die diplomatischen Kontakte ein. Wie soll es nun weitergehen? Ist der Ostseeraum ein Beispiel, wie die Zusammenarbeit auch in schwierigen Zeiten funktionieren kann? Hierüber diskutierten Mitte November Politiker, Journalisten und Wissenschaftler im Landeshaus. Rund 100 Gäste verfolgten das Ostseeforum, zu dem der Landtag gemeinsam mit dem Europaministerium und der Europa-Union geladen hatte.



„Wir als EU tragen eine Mitschuld an der Ukraine-Krise“, bemerkte **Uwe Döring**, Landesvorsitzender der Europa-Union. Denn mit einer „Mischung aus Naivität und Unwissenheit“ habe der Westen Erwartungen bei den Demonstranten auf dem Maidan-Platz in Kiew geweckt, „die nicht zu erfüllen waren“. Der ehemalige Landes-Europaminister wandte sich gegen eine „Ausgrenzung und Isolierung“ Russlands: „Der Dialog ist unverzichtbar.“



„Der Ostseerat kann den Ukraine-Konflikt nicht lösen“, strich **Jan Lundin** heraus. Der Schwede ist Generaldirektor dieser Institution, der zwölf Staaten angehören. Dennoch könne der Ostseerat das „Familiengefühl“ in der Region erhalten, und das sei auch dringend notwendig: „In Russland ziehen sich westliche Geschäftsleute zurück“, hat Lundin beobachtet. „Stattdessen kommen jetzt die Asiaten.“



„Sicherheit in Europa wird es nur mit Russland geben“, unterstrich der SPD-Bundestagsabgeordnete **Franz Thönnies** aus Ammersbek (Kreis Stormarn). Beim Dialog mit Russland setze er auf das „Prinzip Hoffnung“, betonte der stellvertretende Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses. Das Minsker Abkommen sei ein erster wichtiger Schritt. „20 Dialoge sind besser als 20 Schüsse“, so Thönnies.



Tobias Etzold von der Stiftung Wissenschaft und Politik beklagte eine „Militarisierung“ der Ostseeregion. Die „Bedrohungsgesten“ der Russen, beispielsweise Kampfflieger in fremdem Luftraum, hätten eine „neue Unsicherheit“ geschaffen. Dennoch müsse es darum gehen, die „Inseln der Kooperation“ zu erhalten – etwa die Zusammenarbeit beim Umweltschutz, bei der Atomsicherheit oder der Kriminalitätsbekämpfung.



Alle Verantwortlichen im Ostseeraum seien sehr am Dialog interessiert, merkte Europaministerin **Anke Spoorendonk** (SSW) an. Das gelte sowohl für die Politiker in Norddeutschland als auch in den russischen Regionen Kaliningrad und St. Petersburg. Das Problem, so Spoorendonk, seien „die Zentren“. Es gelte, sowohl in Moskau als auch in Berlin und Brüssel den Willen zur Verständigung zu stärken.



„Russland hat die Möglichkeit, uns gegeneinander auszuspielen“, warnte der polnische Journalist **Janusz Tycner**. So bereite die deutsch-russische Gas-Pipeline unter der Ostsee den Polen große Sorgen. Denn sie steigere die Abhängigkeit Deutschlands von Russland und schwäche damit auch die westlichen Kräfte in der Ukraine. Tycner warf der deutschen Politik „Blauäugigkeit“ gegenüber Moskau vor.



Lorenz von Stein:

130 Gäste kamen zum Festakt ins Landeshaus. Geladen hatte das Lorenz-von-Stein-Institut für Verwaltungswissenschaften an der Kieler Uni.

200. Geburtstag eines großen Denkers aus Eckernförde

Er war „einer der letzten umfassend gebildeten Staatswissenschaftler“ und „Vater des Sozialstaats“. So urteilt die Nachwelt über Lorenz von Stein, der am 15. November 1815 in Eckernförde geboren wurde. Anlässlich seines 200. Geburtstages würdigte Mitte November ein Festakt im Landeshaus den Mann, der über die Stationen Flensburg, Kiel, Jena und Paris schließlich als Professor in Wien landete. Nach seinem Tod 1890 pries ihn die „Eckernförder Zeitung“ als „einen der hervorragendsten Söhne des Landes Schleswig-Holstein“. Welche Bedeutung hat der Jurist, Staatsrechtler, Verwaltungstheoretiker, Volkswirt und Philosoph heute? Dr. Jan Schlürmann, Historiker und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung, ist Co-Autor einer frisch erschienenen Biografie. Er stellt den Gelehrten aus dem Eckernförder Stadtteil Borby vor.

Lorenz von Stein, 1815 als Jakob Lorentz Wasmer geboren, gilt als Erfinder des modernen Sozialstaats. Er wuchs in ärmlichen Verhältnissen als uneheliches Kind auf und kannte Armut und Benachteiligung aus eigener Erfahrung. Es gelang ihm jedoch mit Hilfe von Förderern, zunächst im „Christians-Pflegehaus“, einer Art Militärinternat in Eckernförde, und dann auf dem Gymnasium in Flensburg eine grundlegende Bildung zu erhalten. Ab 1835 studierte er Rechtswissenschaften in Jena und Kiel und nahm nach seinem Stiefvater den Namen Lorenz Stein an. Während seines Studiums kam er mit der deutschen Einigungsbewegung in Kontakt, die sich die Überwindung der deutschen Kleinstaatelei zum politischen Ziel gesetzt hatte.

Für die Entwicklung seiner Position zur „sozialen Frage“, also zum Problem der zunehmenden Massenverarmung in der damaligen Gesellschaft, war dann ein Studienaufenthalt in Paris von großer Bedeutung. Er beschrieb

damals als erster „Kommunismus“ und „Sozialismus“ als politische Bewegungen, schloss sich selbst aber diesen nicht an. Er blieb politisch ein Befürworter der Monarchie, forderte aber deren Beschneidung durch eine liberale Verfassung.

Zwischen 1846 und 1854 war Stein Professor in Kiel. Hier erlebte er die Zeit der Erhebung gegen Dänemark zwischen 1848 und 1851 mit. Er war ein Anhänger der schleswig-holsteinischen Unabhängigkeit vom dänischen Staat und befürwortete eine Integration des Landes in ein vereintes Deutschland. Ein kurzer Ausflug in die Politik als Abgeordneter der schleswig-holsteinischen Landesversammlung, des ersten Parlaments Schleswig-Holsteins in der Erhebungszeit, blieb Episode: Stein war zu sehr Wissenschaftler und zu wenig Politiker, um dort erfolgreich zu sein.

1854 verließ Lorenz Stein seine schleswig-holsteinische Heimat. Die nach der erfolglosen Erhebung zurückgekehrten dänischen Behörden hatten ihn von seinem

Lehrstuhl in Kiel vertrieben. Über Jahre zuvor geknüpft Beziehungen gelangte er nach Wien. Hier kam er endlich zur Ruhe und blieb bis zu seinem Tode 1890 als geachteter Professor für Staatswissenschaften in der Hauptstadt der Habsburger Monarchie.

In Wien wurde er 1868 als Krönung seiner Laufbahn vom österreichischen Kaiser Franz Joseph geadelt – seitdem nannte er sich Lorenz von Stein.

Von seinem Werk war vor allem die Wirtschaftsordnung der 1949 gegründeten Bundesrepublik Deutschland indirekt geprägt. Auch wenn damals sein Name fast vergessen war: Der Grundsatz, dass ein Staat für seine Bürger zu sorgen habe, und umgekehrt, der Bürger Sorge für seinen Staat zu tragen habe, ging maßgeblich auf seine Ideen zurück.

Dr. Jan Schlürmann



Eine Bronzestatue Lorenz von Steins steht seit Mitte November auf dem Rathausmarkt in Eckernförde. Der Bildhauer Manfred Sihle-Wissel aus Brammer bei Rendsburg hat die Skulptur geschaffen.

ABGEORDNETE IM PORTRAIT:

Klaus Jensen, CDU
geb. am 16. Oktober
1958 auf Pellworm
wohnt auf Pellworm
evangelisch, ver-
heiratet, drei Kinder
Agraringenieur,
Gastwirt



Wenn ich im Alleingang ein Gesetz beschließen könnte, würde ich ...

... dieses Gesetz sofort wieder abschaffen lassen – das geht in einer Demokratie doch gar nicht!

Wenn ich mir einen Arbeitsplatz oder ein Amt frei wählen könnte, würde ich ...

... als Verantwortlicher für Agrar und Umwelt versuchen, in Schleswig-Holstein den Nachweis zu liefern, dass man mit vielen weitgehenden Vereinbarungen für die Natur viel mehr erreichen kann als mit der Keule des Ordnungsrechts.

Um mehr Jugendliche für Politik zu interessieren, würde ich ...

... noch mehr das persönliche Gespräch mit den Jugendlichen suchen, um damit den Abstand zwischen jungen Menschen und Politikern zu verkleinern. Auf kommunaler Ebene habe ich damit gute Erfahrungen machen können.

Wenn ich einen Abend lang das Fernsehprogramm bestimmen könnte, würde ich...

... die Flut von Talkshows drastisch reduzieren.

Wenn mich ein Freund nach einem Tipp für seinen Schleswig-Holstein-Urlaub fragt, würde ich...

... ihn mitnehmen auf meine Heimatinsel Pellworm und u.a. eine Wattwanderung zur Hallig Süderoog oder an die Heverkante machen – ein unglaublich schönes Naturerlebnis!

Wenn ich eine Zeitmaschine hätte, würde ich...

... mich ganz privat in das Jahr 2038 beamten lassen, um – frei nach Kishon – mit der „besten Ehefrau von allen“ (mit der bin ich nämlich seit 27 Jahren glücklich verheiratet) die Goldene Hochzeit mit unserer großen Familie zu feiern.

Simone Lange, SPD
geb. am 24. Oktober
1976 in Rudolstadt
wohnt in Flensburg
Kriminalbeamtin,
Diplom-Verwaltungs-
wirtin



Wenn ich im Alleingang ein Gesetz beschließen könnte, würde ich ...

... gern ein Gesetz erlassen, das in Schleswig-Holstein niemand mehr verdienen darf als der Ministerpräsident unseres Landes.

Wenn ich mir einen Arbeitsplatz oder ein Amt frei wählen könnte, würde ich ...

... mich für das Amt der Oberbürgermeisterin in Flensburg entscheiden.

Um mehr Jugendliche für Politik zu interessieren, würde ich ...

... erstmal die Jugendlichen fragen.

Wenn ich einen Abend lang das Fernsehprogramm bestimmen könnte, würde ich ...

... wohl ausschalten. Ich mag nicht so gern fernsehen.

Wenn mich ein Freund nach einem Tipp für seinen Schleswig-Holstein-Urlaub fragt, würde ich ...

... den Besuch der Spiegelgrotte in Flensburg, einer der geheimsten Orte Schleswig-Holsteins, vorschlagen.

Wenn ich eine Zeitmaschine hätte, würde ich ...

... in die Zukunft reisen, um mir die Auswirkungen unserer aktuellen Politik anzusehen. Anschließend könnte/würde man manche Entscheidung vielleicht noch einmal überdenken.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Redaktion:

Referat für Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsmanagement, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

Tobias Rischer (V.i.S.d.P.)

Tel. 0431/988-1120, tobias.rischer@landtag.ltsh.de

Karsten Blaas (Redakteur)

Tel. 0431/988-1125, karsten.blaas@landtag.ltsh.de

Vivien Albers (Volontärin)

Tel. 0431/988-1123, vivien.albers@landtag.ltsh.de

Fotos:

Regina Baltuschun, Thomas Eisenkrätzer, Michael August, Karsten Blaas, Vivien Albers, Janine Wergin, Heiko Vosgerau, Tim Peukert, Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Melanie Walfort, Anja Freudenthal, Jan Diedrichsen, Florian Stammel, Anton Schwertfeger, Leeve Puls, Cathrin Basche, Tamo Schwarz, Timo Jann, Bastian Schloen, Landesarchiv, Harry Kurz, Alexandra H./pixelio.de, INFINITY

Konzept:

Stamp Media im Medienhaus Kiel, Ringstraße 19, 24114 Kiel, www.medienhaus-kiel.de; Titelseite: Amatik, Boninstraße 63, 24114 Kiel

Gestaltung, Layout:

Agentur LOADSMAN / I. Schumacher, Arp-Schnitger-Weg 38, 24229 Strande, www.loadsmann.de

Herstellung, Druck:

Druckgesellschaft Joost & Saxen, Eckernförder Str. 239 24119 Kronshagen, www.druckgesellschaftmbh.de

Bezug der Landtagszeitschrift:

(Abonnement und Versand kostenfrei)
Landtag Schleswig-Holstein, Ref. f. Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsmanagement, L1410, Postfach 7121, 24171 Kiel, Telefon 0431/988 1163, Fax 0431/988 1119, bestellung@landtag.ltsh.de

Die Zeitung wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 17. Dezember 2015

Der Landtag im Internet: www.sh-landtag.de

Fernöstliches im hohen Norden: Markus Waßmann (unten) und Marcus Schütt, Meister der chinesischen Kampfkunst Wing-Tsun, gaben im Landtag Tipps zur Selbstverteidigung für Frauen. Abgeordnete und Mitarbeiter verfolgten die Vorführung der beiden Trainer aus Eckernförde. Anlass war der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen am 25. November.



Das „Holstentor“ von Andy Warhol war der Publikumsmagnet bei der Ausstellung der Kunsthalle St. Annen aus Lübeck. Der Siebdruck des amerikanischen Pop-Art-Künstlers sowie rund 30 weitere Bilder und Skulpturen waren im Dezember im Landtag zu sehen.

ZU BESUCH IM LANDESHAUS

Die ehemalige EU-Abgeordnete Christa Randzio-Plath aus Hamburg war Anfang November im Europaausschuss zu Gast. Die SPD-Politikerin berichtete über die Situation von Frauen und Mädchen in Entwicklungsländern.



In der Weihnachtszeit strahlte wieder das „Friedenslicht“ in der Eingangshalle des Landeshauses. Pfadfinder übergaben die Flamme, die alljährlich in der Geburtskirche in Bethlehem entzündet wird, an Landtagsvizepräsident Bernd Heinemann.



Der TSV Westerland hat in diesem Jahr den 1. Preis bei der Aktion „Sterne des Sports“ gewonnen. Der Verein hat im Sommer 2014 eine Fußballmannschaft gegründet, die aus Flüchtlingen und Migranten besteht. Landtagspräsident Klaus Schlie (2. v. li.) und Hans-Jakob Tiessen, Präsident des Landessportverbands (3. v. re.), übergaben den Siegerscheck über 2.500 Euro, den die Raiffeisenbanken gestiftet hatten.



Nr. 4/2015 C 2086

Falls Empfänger-Adresse nicht mehr zu-
treffend, bitte diesen Abschnitt abtrennen
und korrigiert **zurücksenden an:****Schleswig-Holsteinischer Landtag,
Referat für Öffentlichkeitsarbeit und
Veranstaltungsmanagement, L1410,
Postfach 7121, 24171 Kiel**

TERMINE, TERMINE ...

Holocaust-Gedenktag am 27. Januar im Landeshaus

Zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus lädt der Landtag am Mittwoch, den 27. Januar, ins Landeshaus.

Die Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz durch sowjetische Truppen jährt sich an diesem Tag zum 71. Mal. Im Zentrum der Gedenkveranstaltung steht eine Ansprache des russischen Botschafters in Deutschland, Wladimir N. Grinin. Landesrabbiner Dov-Levy Barsilay und der katholische Generalvikar Ansgar Thim gestalten die Andacht. Die musikalische Begleitung übernimmt das Holzbläserquintett des Marine-musikkorps Kiel.

Die Veranstaltung beginnt um 18:00 Uhr im Plenarsaal. Gäste sind herzlich willkommen. Um Anmeldung wird gebeten beim Referat für Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsmanagement.

E-Mail: anmeldung@landtag.ltsh.de; Fax: 0431/988-1119

Der Landtag lädt zum Offenen Besucherabend

Das Referat für Öffentlichkeitsarbeit lädt auch im Jahr 2016 zum Offenen Besucherabend ins Landeshaus.

An 13 Montagen stehen der Plenarsaal sowie weitere zentrale Bereiche des historischen Gebäudes offen. Vier Führungen sind auf Plattdeutsch und werden vom Schleswig-Holsteinischen Heimatbund angeboten. Das Programm dauert gut eine Stunde und beginnt um 18:00 Uhr im Eingangsbereich. Voranmeldungen sind nicht erforderlich. Nur ihren Personalausweis sollten Gäste dabei haben.

Die Termine: 25. Januar, 29. Februar, 7. März (op Platt), 25. April, 30. Mai, 6. Juni (op Platt), 27. Juni; 25. Juli, 5. September (op Platt), 26. September, 31. Oktober, 28. November, 5. Dezember (op Platt)

Die Bürgerbeauftragte

vor Ort

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni (re.), ist auch zu Beginn des neuen Jahres wieder unterwegs, um Bürger vor Ort zu beraten.

Donnerstag, 7. Januar: Lübeck

Dienstag, 19. Januar: Heide

Donnerstag, 4. Februar: Lübeck

Dienstag, 16. Februar: Heide

**Dienstag, 23. Februar:
Schwarzenbek**

Dienstag, 15. März: Heide

Donnerstag, 7. April: Lübeck

Die Termine in **Lübeck** finden bei der Deutschen Rentenversicherung Nord statt. Ziegelstr. 150, 10:00 bis 17:00 Uhr.



Die Termine in **Heide** finden im Rathaus statt. Postelweg 1, 11:00 bis 15:00 Uhr.

Der Termin in **Schwarzenbek** findet im Rathaus statt. Ritter-Wulf-Platz 1, 11:00 bis 15:00 Uhr.

Zu den Terminen ist eine Anmeldung erforderlich. Telefon: 0431/988-1240. Hinzu kommen die regelmäßigen „Dienstleistungsabende“ in **Kiel**, Karolinenweg 1: **jeden Mittwoch** von 15:00 bis 18:30 Uhr.

Knapp 100 Sitzungen bis zum Sommer

Die Ausschüsse des Landtages kommen im ersten Halbjahr 2016 fast 100 Mal zusammen.

Viele Sitzungen sind öffentlich. Tagesordnungen sowie eventuelle Terminänderungen stehen im Internet: www.sh-landtag.de, Rubrik „Dokumente“.

Innen- und Rechtsausschuss:

13. Januar, 27. Januar, 3. Februar, 10. Februar, 24. Februar, 2. März, 16. März, 23. März, 13. April, 20. April, 4. Mai, 18. Mai, 25. Mai, 1. Juni, 15. Juni, 29. Juni, 6. Juli, 13. Juli – jeweils mittwochs um 14:00 Uhr

Finanzausschuss:

14. Januar, 28. Januar, 4. Februar, 11. Februar, 25. Februar, 17. März, 14. April, 21. April, 19. Mai, 26. Mai, 2. Juni, 16. Juni, 30. Juni, 7. Juli, 14. Juli – jeweils donnerstags um 10:00 Uhr

Bildungsausschuss:

14. Januar, 25. Februar, 14. April, 26. Mai, 30. Juni, 14. Juli – jeweils donnerstags um 14:00 Uhr

Sozialausschuss:

28. Januar, 11. Februar, 17. März, 21. April, 19. Mai, 16. Juni, 7. Juli – jeweils donnerstags um 14:00 Uhr

Umwelt- und Agrarausschuss:

13. Januar, 10. Februar, 16. März, 18. Mai, 1. Juni, 6. Juli – jeweils mittwochs um 14:00 Uhr

Wirtschaftsausschuss:

13. Januar, 3. Februar, 24. Februar, 16. März, 13. April, 4. Mai, 1. Juni, 6. Juli – jeweils mittwochs um 10:00 Uhr

Europausschuss:

27. Januar, 2. März, 20. April, 25. Mai, 15. Juni, 13. Juli – jeweils mittwochs um 10:00 Uhr

Petitionsausschuss:

12. Januar, 26. Januar, 9. Februar, 23. Februar, 8. März, 22. März, 19. April, 3. Mai, 24. Mai, 14. Juni, 28. Juni, 12. Juli – jeweils dienstags um 10:00 Uhr (die Sitzungen sind in der Regel nicht öffentlich, da hier die persönlichen Anliegen von Bürgern beraten werden)

Parlamentarischer Untersuchungsausschuss zum Thema „Friesenhof“/Heimaufsicht:

11. Januar, 25. Januar, 8. Februar, 29. Februar, 14. März, 21. März, 11. April, 18. April, 2. Mai, 30. Mai, 13. Juni, 27. Juni, 4. Juli, 11. Juli – jeweils montags um 11:00 Uhr (die Sitzungen sind teilweise nicht öffentlich)